

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 7. Dezember 2002

112. Jahrgang Nr. 31.383

## Rückendeckung für Argentinien

**Mercosur-Gipfel plant „Deklaration zur Unterstützung Argentinien“ / Duhalde schließt Treffen mit Köhler aus**

Präsident Eduardo Duhalde hat sich auf dem Mercosur-Gipfel in der brasilianischen Hauptstadt selbstbewusst gezeigt. Er sei „nicht gekommen, um die Unterstützung meiner Amtskollegen zu erbitten“, sagte der Staatschef am Freitag in Brasilia mit Blick auf die argentinische Wirtschaftskrise und einem Angebot der Mercosur-Staaten, sich gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) für eine weitere Unterstützung Argentinien stark zu machen. Die im Vorfeld geäußerten Hilfsangebote seiner Amtskollegen aus den Mercosur-Ländern Brasilien, Uruguay und Paraguay sowie der assoziierten Staaten Chile und Bolivien seien zwar „willkommen“. „Dafür bedanken wir uns“, sagte Duhalde. Zugleich seien die Solidaritätsbekundungen jedoch „unnötig, weil wiederholt“.

Brasiliens Außenminister Celso Lafer hatte zu Beginn des Gipfels die „Bereitschaft des Blockes“ unterstrichen, „sich für Argentinien einzusetzen“. Argentinien's Wirtschaftsdaten hätten sich zuletzt „substantiell

verbessert“, sagte Lafer. Das zeige das Verantwortungsbewusstsein und die Seriosität der aktuellen Wirtschaftsführung. Lafer zeigte sich nach Angaben des Internetdienstes Clarin.com daher überzeugt, dass der Gipfel eine „Deklaration zur Unterstützung Argentinien“ verabschieden werde.

Zu Wochenbeginn hatte bereits der gewählte brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva bei seinem Besuch in Buenos Aires erklärt, er wolle sich in Washington beim IWF und der Bush-Administration für weitere Unterstützungen für Argentinien stark machen. Duhalde hatte bei der Ankunft in Brasilia ein Treffen mit dem ebenfalls nach Brasilien gereisten IWF-Chef Horst Köhler ausgeschlossen. „Dazu gibt es im Moment keine Veranlassung“, sagte der Präsident. Alle „technischen Fragen“ seien geklärt. „Das ist jetzt eine politische Frage“, erklärte Duhalde. Ursprünglich hatte es aus Kreisen der Casa Rosada geheißt, der Staatschef wolle sich am Rande des Mercosur-Gipfels mit Köhler treffen.

## Zukunftsschalmeien um Lulabesuch

**Zusage über Intervention beim IWF und der Bush-Administration**

Der brasilianische Besucher hielt sich weniger als 24 Stunden in Buenos Aires auf. Die wenigen Stunden reichten aber völlig aus, damit Luiz Inácio Lula da Silva, künftiger Präsident Brasiliens, seinem zukünftigen Amtskollegen Eduardo Duhalde ein wichtiges Versprechen geben konnte. Er werde, so Lula, in der kommen-

den Woche in Washington dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und US-Präsident George W. Bush nahelegen, Argentinien umgehend zu helfen.

Aber nicht genug mit diesem publikumswirksamen Versprechen schlug Lula nicht nur eine Neugestaltung des Mercosur vor, sondern auch die Schaffung eines

Parlaments des Wirtschaftsblockes mit Stimmrecht der Bürger und die Einführung eines neuen Wirtschaftsmodells in der Region. Von dieser Basis aus sollte in Zukunft immer gemeinsam mit den USA und der Europäischen Union (EU) verhandelt werden, unterstrich Lula. Unabdingbar sei jedoch, die Wirtschaftspolitiken Argentinien's und Brasiliens aufeinander abzustimmen.

Der Gast war in der Präsidentenresidenz in Olivos bei Staatschef Duhalde, im Gebäude der Stadtregierung bei Aníbal Ibarra, am Spätnachmittag im Kongress und abends bei einem Empfang in der brasilianischen Botschaft. Nach Olivos kam Lula am Montagmorgen zum Frühstück und zu einem 40 Minuten dauernden Gespräch unter vier Augen, in dem unter anderem die soziale Situation in Brasilien und Argentinien, der Dollar und die kommenden Wahlen angeschnitten wurden.

Vor der Tür warteten die Gouverneure von Santa Fe und Buenos Aires, Carlos Reutemann und Felipe Solá, die später an einem Essen zu Ehren des Gastes teilnahmen. Mit ihnen warteten Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, Außenminister Carlos Ruckauf und Abgeordnete, Senatoren und zahlreiche Unternehmer.

Bereits bevor am Sonntagabend die Maschine mit der Lula, dessen Gattin Marisa und hochka-

rätigen Begleitern auf dem Stadtflughafen Aeroparque landete, war klar, dass der gewählte brasilianische Präsident nicht nur einen Höflichkeitsbesuch abstatten würde. Lula, der am 10. Januar sein Amt als neuer brasilianischer Präsident antritt, hat ein ganz klares und festumrissenes Ziel, nämlich die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität in der Region.

Sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen eines unmittelbaren Besuches in Argentinien folgte in erster Linie seinem Wunsch einer Vertiefung und in gewissem Sinn Neubelebung der an „Schwindsucht“ leidenden bilateralen Beziehungen.

Lula unterließ auch nicht, mehrfach darauf hinzuweisen, dass die wirtschaftlichen Beziehungen, die in der Vergangenheit Tiefpunkte zum Nachteil beider Länder erlebten, neu gestaltet werden müssen.

So endete der Besuch des zukünftigen Präsidenten mit der Festlegung eines Terminkalenders. Am 14. Januar wollen sich demnach Vertreter der Außen- und Wirtschaftsministerien in Brasilia treffen und Themen wie die makroökonomische und politische Integration, gemeinsame Industrie- und Landwirtschaftsstrategien, bilateraler Handel sowie die Beziehungen zu den USA und der EU beraten.

### Randglossen

**Die politische Gerüchteküche überbietet sich in allerlei Lesarten, die vorweg nehmen, dass am 19. und 20. Dezember der Jahrestag der gewalttätigen Tumulte mit Toten, Verwundeten, Zerstörungen und Plünderungen gleich gewalttätig mit Aufmärschen, Kundgebungen und dergleichen begangen werden wird. Solche Lesarten, die in der Öffentlichkeit gerne für bare Münze genommen werden, verunsichern die Bevölkerung, die sich ein friedliches Weihnachtsfest wünscht. Die professionellen Aktivisten, neuerdings Spanisch als „piqueteros“ bekannt geworden, geloben friedliche Aufmärsche und schnorren vor Supermärkten um Nahrungsmittel, die sie angeblich gerecht an Notleidende verteilen wollen. Unterdessen stören sie den Verkehr, verängstigen Passanten und Bevölkerung schlechthin und nähren die Gerüchte über kommendes Unheil. Gewalt gebiert Gewalt.**

Kammerpräsident Eduardo Ca-maño aus Quilmes sonnte sich im Erfolg seiner Wiederwahl als Vorsitzender der Deputiertenkammer bis Ende 2003, zu der nicht nur die regierungstreuen Abgeordneten beigetragen haben, sondern auch die Abtrünnigen der gleichen Justizialistischen Fraktion, sowie Radikale und andere Deputierte. Indessen zog der Vorstadtpolitiker Camaño die Konsequenzen aus der erwarteten Ablösung Präsident Duhalde's, dessen enger Mitarbeiter der Kammerpräsident ist, ab 25. Mai 2003 mit dem Versprechen, dass er als Vorsitzender des Unterhauses demissioniert, kaum dass der gewählte Präsident ihm den Rücktritt nahe legt. Insofern blüht dem für ein ganzes Jahr wiedergewählte Kammerpräsident Camaño zunächst eine halbjährige Amtszeit, deren Verlängerung ebenso wie der Wahlkalender und die Internwahlen vorerst in den Sternen geschrieben ist.

# Affäre Oberster Gerichtshof

## Windstille nach dem Sturm um das Dollarguthaben eines Richters

Nach dem Eklat um den 84-jährigen Richter Carlos Fayt, der seit 19 Jahren dem Obersten Gerichtshof angehört, ist allem Anschein nach wieder Ruhe in das Tribunal eingekehrt. An sich handelte Fayt korrekt und entsprechend seiner Berufsehre, als er sich hinsichtlich einer Intervention in Fällen des „corralito“ für befangen erklärte. Sein Geständnis, ein Guthaben von mehr als 200.000 Dollar bei der Nationalbank zu haben, über das er nicht verfügen könne, hatte mehr oder weniger die Brisanz von Nitroglyzerin.

Die Folgen von Fayts Flucht nach vorn waren anfänglich nicht abzusehen. Mittlerweile aber bildeten sich Fraktionen im Gerichtshof mit sehr unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Bereinigung der Angelegenheit. Während einige von Fayts Kollegen seine Befangenheitserklärung negieren wollen, um die erforderliche fünfte Stimme für die Rückverwandlung der Guthaben in Dollar nicht zu verlieren, weisen andere darauf hin, dass die Vorgänge einen „regelrechten Skandal“ darstellten. Sie treten zudem dafür ein, dass sich der Richter aus dem Tribunal zurückzieht.

Wie aus dem Gerichtshof verlautet, wird es in den nächsten Tagen erforderlich sein, zusätzliche Richter zu ernennen, die in diesem Thema intervenieren sollen. Im Moment sind vier Richter bereit, Fayts Befangenheitsantrag abzulehnen, während zwei dagegen sind. Fayt selbst hat

in seinem schriftlichen Antrag ausdrücklich versichert, sein Entschluss, in diesem Thema nicht mehr zu intervenieren, sei unabänderlich.

Allerdings hat Fayts Entschluss eine unmittelbare Folge. Die Möglichkeit einer unmittelbaren Entscheidung des Gerichtshofs hinsichtlich einer allfälligen „Redollarisierung“ noch vor Jahresende, die sowohl die Regierung als auch die Banken beunruhigte, ist damit so gut wie vom Tisch.

In der vergangenen Woche hatte Fayt noch ein Papier erarbeitet und unterzeichnet, das die Aufhebung des „co-rralito“ vorsah und den Banken die sofortige Auszahlung der Guthaben in Dollar anordnete. Der Vorschlag, Alarmzeichen für die Regierung Eduardo Duhalde, entsprach zudem der Auffassung von vier weiteren Mitgliedern des Tribunals. Alles sprach zu diesem Zeitpunkt für eine Entscheidung in diesem Sinne.

Dann aber platzte am Dienstag die Bombe. In der Plenarversammlung des Gerichtshofes räumte Fayt den Besitz einer Festgeldanlage von 205.280 Dollar in der Nationalbank ein, die er später in „Boden-Bons“ umgewandelt habe, über die er ab Mai 2003 verfügen könne. Eine der Folgen: Einige Abgeordnete wollen es jetzt genau wissen. Sie forderten die Exekutive auf, prüfen zu lassen, ob Fayt der einzige Oberrichter mit derartigen Guthaben ist.

## „Lole“ ante portas

### Carlos Reuteman soll bereit sein für Präsidentschaftsvorkandidatur

Bei einem intensiven Gespräch zwischen Präsident Eduardo Duhalde und Carlos „Lole“ Reuteman in der Präsidentenresidenz von Olivos soll sich der Gouverneur von Santa Fe am Montag unter vier Augen bereit erklärt haben, für den nicht-menemistischen PJ-Sektor zu kandidieren. Dies zumindest verbreiteten ranghohe, Duhalde nahestehende Regierungsbeamte.

Die direkt Beteiligten schweigen unterdessen eisern. „Widmet euch euren Amtsgeschäften, die Angelegenheit (Reutemann) ist meine Sache“, soll Duhalde gegenüber seinen - auch den engsten - Mitarbeitern erklärt haben. Nicht dementiert hat der Präsident hingegen, dass er seit gut einem Monat regelmäßig mit Reutemann in Kontakt steht. Dennoch kam das Treffen am Montag auch für das Kabinett überraschend, hatte

Duhalde gegenüber den Mitgliedern seines engsten Kreises doch ebenso geschwiegen wie Reutemann.

In der politischen Szene schlug die fast dreistündige Unterredung zwischen Präsident und Gouverneur wie eine Bombe ein. Felipe Solá, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, erklärte am Dienstag, er habe geglaubt, die Ablehnung der Präsidentschaftsvorkandidatur durch Reutemann vor einigen Monaten sei definitiv. Jetzt aber, so Solá, sehe er „eine offene Tür für diese Möglichkeit“.

Wie verlautet, soll entsprechend den Vorstellungen Duhaldes und Reutemanns Felipe Solá als Formelpartner fungieren, womit eine Achse Santa Fe - Buenos Aires zustande käme. Offiziell will der bonaerenser Gouverneur davon jedoch nichts wissen und wiederholte am Dienstag ausdrücklich,

dass er seine Wiederwahl als Gouverneur anstrebe.

Allerdings wird in der Casa Rosada auch eine andere Version gehandelt. Ein möglicher Präsidentschaftskandidat Reutemann könnte, wenn er schon nicht mit einem bonaerenser Formelpartner rechnen kann, mit Ramón Puerta aus Misiones ins Rennen gehen. Dieser soll bereits seine Bereitschaft erklärt haben, den Mann aus Santa Fe als Formelpartner zu begleiten.

Duhalde ist an einer unmittelbaren Lösung interessiert, da er, wenn am 13. Dezember der PJ-Partei kongress neuerlich tagt, vollendete Tatsachen präsentieren möchte. An diesem Tag wird entschieden, ob die PJ-Internwahl am 23. Februar oder am 3. März stattfinden wird.

In der Regierung spricht man bereits von der Möglichkeit eines

einzigsten Kandidaten des PJ. In diesem Zusammenhang wird versichert, dass José Manuel de la Sota sich auf einen Ausstieg aus dem Wahlrennen vorbereitet, weil ihm die Meinungsumfragen kaum Aussichten einräumen. Néstor Kirchner hat seinerseits in der Casa Rosada keinen Zweifel daran gelassen, dass er angesichts eines Kandidaten Reutemann zurückstecken werde. Allerdings wird dies von seinen engsten Mitarbeitern bestritten.

Gleichwohl aber steht fest, dass fast alle PJ-Gouverneure eine Kandidatur Reutemanns unterstützen würden. Was bleibt ist die Ungewissheit über die wirtschaftliche und soziale Realität des Landes und „Loles“ diesbezügliche Lösung. Eines ist allerdings klar, einem Präsidenten Carlos Reutemann wäre internationale Unterstützung sicher.

## WOCHENÜBERSICHT

### „Tag des Hungers“

Am Mittwoch sind Buenos Aires und andere argentinische Städte Schauplatz von Anti-Hunger-Märschen und Demonstrationen gewesen. In der Bundeshauptstadt zog am „Nationaltag des Hungers“ während sieben Stunden eine 15 Kilometer lange Menschenkette von Liniers auf die Plaza de Mayo. Die Demonstranten hielten dabei an Supermärkten, um „Bittschriften“ abzugeben, in denen die Abgabe von Nahrungsmitteln erbeten wurde. Ziel ist das Sammeln von monatlich rund 500

Tonnen Lebensmitteln. Zu Ende der Veranstaltung sollen auf der Plaza de Mayo 10.000 Menschen demonstriert haben.

### Tödliches Argentinien

Der Bruder des PJ-Präsidentschaftsvorkandidaten Adolfo Rodríguez Saá, Alberto, hat die soziale Lage in Argentinien am Dienstag bildlich beschrieben. „Angesichts der Gewalttätigkeit und des Hungers, die Argentinien im Griff haben, sterben täglich mehr Menschen als infolge des arabisch-israelischen Konflikts“,

sagte Alberto Rodríguez Saá.

### Internwahl-Termin

Mit dem Ziel der Festlegung eines Termins für die PJ-Internwahlen im kommenden Jahr haben die Regierung und der Menemismus unter der Woche erste Kontakte aufgenommen. Die beiden zerstrittenen Flügel erreichten unter der Woche dahingehend ein prinzipielles Einverständnis, dass die PJ-Internwahlen entweder am 23. Februar oder am 2. März durchgeführt werden.

### Romero-Variante

Ungeachtet der Vor-Übereinkunft zwischen der Regierung und dem Menemismus hinsichtlich des Termins für die PJ-Internwahlen haben mehrere Sprecher der Casa Rosada angedeutet, dass die Regierung statt der PJ-Internwahlen die so genannte Romero-Variante fördern wolle. Der Gouverneur von Salta, Juan Carlos Romero, und Formelpartner Carlos Menems, hatte vorgeschlagen, dass sich alle PJ-Vorkandidaten direkt an den Präsidentschaftswahlen beteiligen sollten. Nach Ansicht mehrerer

führender Parteifunktionäre ist diese Variante wegen der herrschenden Rechtslage aber nicht anwendbar.

### Duhalde pro Pignanelli

Präsident Eduardo Duhalde macht sich für ein Verbleiben von Aldo Pignanelli im Amt des Präsidenten der Argentinischen Zentralbank stark. Wie Duhalde am Freitag am Rande des Mercosur-Gipfels in Brasilia erklärte, wolle er sich am Montag in Buenos Aires mit Pignanelli treffen, um diesen von dessen Rücktrittsankündigungen abzubringen.

### Alfonsín-Dementi

Ex-Präsident Raúl Alfonsín hat die Version, derzufolge er mit führenden Radikalen und Justizialisten im vergangenen Dezember zum Sturz Fernando de la Rúa beigetragen habe, weit von sich gewiesen. In einem Kommuniqué schrieb Alfonsín, „die Erklärungen

einiger Verrückter“ seien „konspirative Spekulationen und kompletter Unsinn. Sie veranlassen mich, diese Beleidigung meiner Person und meiner Parteifreunde energisch zurück-zuweisen.“

### Duhalde vs. Menem

Interims-Staatschef Eduardo Duhalde hat Ex-Präsident Carlos Menem mit dem ultrarechten französischen Politiker Jean-Marie Le Pen verglichen. „Wenn es Menem gelingt, als Kandidat in die Wahlen zu gehen, wird er in der zweiten Wahlrunde gegen jedermann verlieren“, sagte Duhalde unter der Woche. Begründung: „Menem ist gleich wie Le Pen.“

### López Murphy vs. Menem

Der Vorpräsidentschaftskandidat für „Recrear Argentina“ (Argentinien neuschaffen), Ricardo López Murphy, hat in einer Wahlkampfveranstaltung scharfe Kritik an Carlos Menem geübt. Haupt-

kritikpunkt López Murphys war die teure Plakatkampagne des Menemismus, die an die „Verschwendung in der Menem-Ära“ erinnere. „Derartiges wie in den 90er Jahren wird es nicht mehr geben“, erklärte López Murphy.

### Carrió-Vergleich

Die ARI-Versitzende Elsa Carrió hat sich am Montag in der Abgeordnetenversammlung mit dem gewählten brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva verglichen. „Lula ist gelernter Dreher, stellt aber auch eine aufsteigende Identität dar, genau wie ich sie in Argentinien verkörpere, weil ich eine charakteristische Aufsteigerin der Mittelschicht bin“, sagte Carrió.

### Ex-Richter in Nöten

Der ehemalige Bundesrichter Carlos Liporaci muss über eine auffällige Zunahme seines Vermögens Rechenschaft ablegen. Gegen

Liporaci, der im Jahr 2000 federführend in der Untersuchung des Bestechungsskandals im Senat war, dann aber durch einen politischen Prozess aus dem Dienst schied, ermittelt der Staatsanwalt Pablo Recchini wegen illegaler Bereicherung im Amt.

### Streikankündigung

Die in der „Federación de Educadores Bonaerenses (FEB, Bund bonaerenser Lehrer) zusammengeschlossenen Lehrer haben angekündigt, dass sie beabsichtigen, zum Beginn des neuen Schuljahres im März 2003 nicht zu unterrichten. Der Grund: Die FEB beschuldigt die bonaerenser Regierung, ihren Verpflichtungen gegenüber den Lehrern nicht nachgekommen zu sein. Damit seien, so heißt es in einem FEB-Kommuniqué, die Voraussetzungen gegeben, dass die Lehrer den Schulbeginn boykottieren.

## Wahlkalender mit Nachfolgegesetz

Die Deputiertenkammer vollzog gegen Ende der Vorwoche die Billigung des Gesetzes, das den neuen Wahlkalender verankert und die vorzeitige Demission Präsident Duhaldes per 25. Mai 2003 annimmt. Hiermit wurde die Vereinbarung des Präsidenten mit 21 Gouverneuren in der Präsidentenresidenz von Olivos von Anfang der Vorwoche vom Kongress ratifiziert. Der politische Konsens, der dem Internationalen Währungsfonds zwecks gelegentlichem Standbyabkommen mit Argentinien am Herzen liegt, konnte verwirklicht werden.

Die allgemeinen Wahlen für Präsident, Vizepräsident, die Hälfte der Nationaldeputierten und ein Drittel der Senatoren werden am 27. April 2003 abgehalten werden. Für den 18. Mai ist eine allfällige Zweitwahl vorgesehen, sollte keine Präsidentschaftsformel im ersten Wahlgang 45 Prozent der gültigen Stimmen oder 40 Prozent mit zehn Punkten Vorsprung erreichen. Nur sieben Tage später erfolgt die Amtsübergabe.

Eine Begründung für die Verschiebung des Wahltermins vom 30. März bis 27. April wurde nicht gegeben. Der Vorschlag des fortschritt-demokratischen Deputierten Alberto Natale aus Santa Fe, den Wahltag um eine Woche auf den 20. April vorzulegen, damit der gewählte Präsident mehr Zeit für die Regierungsbildung gewinnt, wurde ebenso begründungslos abgelehnt. Zudem ist die Befugnis, nationale Wahlen mit Wahltagen einzuberufen, Sache der Exekutive und nicht des Kongresses.

Ob es bei diesem nun gesetzlich verankerten Wahlkalender bleibt, muss abgewartet werden. Überraschungen kann es jedenfalls geben. Unterdessen haben die Parlamentarier sich bemüht, eine weitere juristische Hürde zu nehmen, als sie das Nachfolgegesetz (Spanisch „Ley de afección“) zeitgleich reformierten. Bisher galt das Nachfolgegesetz von 1975, wonach im Fall des Todes, der Demission oder Absetzung des Präsidenten und Vizepräsidenten die Kongressversammlung beider Kammern einen Interimspräsidenten in der Person eines Gouverneurs, Senators oder Deputierten ernannt. So geschah es ab 20. Dezember 2001 nacheinander mit Senator Ramón Puerta, Exgouverneur von Misiones, Gouverneur Adolfo Rodríguez Saá aus San Luis, Deputierten Eduardo Camaño aus der Provinz Buenos Aires und zuletzt Senator Eduardo Duhalde aus der gleichen Provinz ab 1. Januar 2002.

Die Reform des Nachfolgegesetzes bestimmt, dass ein gewählter Präsident automatisch die Nachfolge antritt, anstatt dass ein Gouverneur, Senator oder Deputierter ernannt wird. Dergestalt soll die Ver-

fassungslücke ausgefüllt werden, die entsteht, wenn Präsident Duhalde am 25. Mai 2003 demissioniert und der am 27. April oder 18. Mai gewählte Präsident sein Amt erst am 10. Dezember 2003 antritt. An diesem Tag erlischt die Amtszeit des Präsidenten de la Rúa, der am 10. Dezember 1999 für vier Jahre antrat und am 20. Dezember 2001 inmitten eines Volksaufstandes demissionierte. Der gewählte Präsident regiert dann interimistisch vom 25. Mai bis zum 10. Dezember 2003 und danach für vier Jahre bis zum 10. Dezember 2007, insgesamt vier Jahre, sechs Monate und 16 Tage.

Ob es gelingt, mit dieser Rechtsverdrehung eine vierjährige verfassungsmässige Amtszeit zu verlängern, muss sich noch zeigen. Ähnliches war 1989 geschehen, als der damalige Präsident Raúl Alfonsín am 8. Juli ebenfalls vorzeitig demissionierte und sein im Mai gewählter Nachfolger Carlos Saúl Menem folgte. Dessen vierjährige Amtszeit wurde durch die Konstituante von 1994 bis zum 10. Dezember verlängert, womit das Verfassungsvakuum legalisiert wurde. Jetzt hat der Kongress gleich gehandelt, der jedoch keine verfassungsgebende Versammlung (Konstituante) ist. Dieser Formfehler wurde umgehend vom notorischen Skandalrechtsanwalt Ricardo Monner Sans vor Gericht angezeigt. Das Urteil, sofern es rechtzeitig erlassen wird, mag bis zum Obersten Gerichtshof gehen. Unterdessen schwebt das besagte Verfassungsvakuum einer per Gesetz verlängerten Amtszeit von vier Verfassungsjahren rechtlich in der Schwebe.

Der neue Wahlkalender mit Nachfolgegesetz verlagert nun diesen politischen Hintertreppenroman in Fortsetzungen, der die politische Landschaft Argentinien seit Jahresfrist kennzeichnet, auf die Internwahlen der Justizialisten. Ob sie, wie vom Parteitag (genannt Kongress) für den 19. Januar 2003 bestimmt und vom Parteivorstand (genannt Parteirat) akzeptiert wurde, tatsächlich an diesem Tag oder gegebenenfalls Ende Februar oder Anfang März über die Bühne laufen werden, ist ebenso unklar wie die Alternative, dass ein neuer Parteitag die Internwahlen aufhebt und die Kandidatenformel verkündet. Der betreffende Parteitag war zuerst für den 6. Dezember einberufen worden, dann auf den 13. Dezember verschoben worden und ist vorerst eingeschlafen. Alle Varianten werden in der Partei gehandelt, wo sich die Mitarbeiter Präsident Duhaldes und Expräsident Menems laufend wahlpolitische Schlachten liefern und verbalen Schlagabtausch verüben. Niemand erinnert sich noch daran, dass beide 1989 als Präsidentschaftsformel gewählt wurden.

## „Leonas“ im WM-Finale

Perth/Buenos Aires (dpa/AT) - Argentinien und die Niederlande bestreiten am Sonntag das Finale bei der 10. Feldhockey-Weltmeisterschaft der Damen. Geheimfavorit Argentinien setzte sich am Freitag in Perth mit 1:0 (1:0) gegen Titelverteidiger und Gastgeber Australien durch. Das Tor für die „Leonas“ erzielte Soledad García, die mit acht Treffern auch die WM-Torschützenliste anführt. Im zweiten Halbfinale besiegten die „Oranjes“ Champions-Trophy-Sieger China ebenfalls mit 1:0 (0:0).

Die deutschen Damen treffen nach ihrer deftigen 2:7 (2:1)-Pleite gegen England am Samstag im Spiel um Platz 7 auf Spanien. Mit dem verpassten sechsten Rang verlieren die Spielerinnen von Bundestrainer Peter Lemmen auch die Teilnahmeberechtigung an der prestigeträchtigen Champions-Trophy der besten sechs Nationalteams. Zudem müssen die deutschen Damen in Zukunft mit weniger Geld aus der Bundessportförderung rechnen.

Ausgelassener Jubel herrschte derweil bei den Argentinierinnen. Das Team um die neue Welthockeyspielerin des Jahres, Cecilia Rognoni, war gegen Australien die klar bessere Mannschaft und zog völlig verdient ins WM-Finale ein. Mit von der Partie war erstmals seit ihrem Mittelhandbruch im Eröffnungsspiel gegen Neuseeland wieder Sturmführerin Vanina Oneto. Damit können die „Leonas“ von Trainer Sergio Vigil auch im Finale in Bestbesetzung antreten.

## „Rote Teufel“ außer Rand und Band

### CA Independiente zum 14. Mal Meister / Schwaches Spielniveau

Buenos Aires (AT) - Nach acht Jahren hat es endlich wieder geklappt. Argentinien's „rote Teufel“ vom Club Atlético Independiente sicherten sich am vergangenen Sonntag durch einen verdienten 3:0 (1:0)-Sieg beim Copa Sudamericana-Finalisten San Lorenzo den Titel des Torneo Apertura der Saison 2002/03. Für den Traditionsverein aus Avellaneda war es die 14. Meisterschaft der Vereinsgeschichte und die erste seit 1994.

Zweiter mit drei Punkten Rückstand (43 zu 40) auf den neuen Meister wurde Boca Juniors. Das 3:1 der Blau-Gelben am 19. und letzten Spieltag gegen Rosario Central diente nurmehr der Statistik. Titelverteidiger River Plate kam auf Rang drei.

Eine Meisterschaftsvorentscheidung zugunsten der von Américo Gallego gecoachten „roten Teufel“ war schon vor einer Woche beim 1:1 im direkten Duell zwischen Independiente und den Boca Juniors gefallen. Dabei hatte der neue Champion seinen

Drei-Punkte-Vorsprung durch ein Ausgleichstor fast in letzter Minute in extremis verteidigt, nachdem die Blau-Gelben zuvor innerhalb von zwei Wochen fünf Punkte auf das Gallego-Team aufgeholt hatten.

Die „Diablos rojos“ sind trotz des Nervenflatterns ein verdienter Meister, verbuchten sie doch mit 13 Siegen die meisten Erfolge, stellten mit 48 Toren den klar besten Sturm und mit Andrés Silveira (16 Treffer) auch den Torschützenkönig. Einen herausragenden Spieler hatte das Torneo Apertura aber nicht zu bieten. Neben Silveira, der in den letzten Wochen jedoch gleichsam wie sein Club stark abbaute, brachte sich beim neuen Meister vor allem Abwehrspieler Gabriel Milito international ins Gespräch. Bei Boca erlebte derweil Marcelo Delgado eine Renaissance und erzielte neun Tore - darunter Ende Oktober beide Treffer zum 2:1 im Superclásico gegen River Plate. Positiv in Erscheinung trat auch Bocas neue

„10“, Carlos Tévez.

Spieltechnisch bot das Torneo Apertura dennoch zumeist Enttäuschendes, neun Trainer traten zurück oder wurden gefeuert, darunter der Schweizer Ex-Nationaltrainer Enzo Trossero und César Luis Menotti. Meister Independiente lebte mehr von der Kraft als vom schönen Spiel und bot nur in den ersten Spielen sehenswerten Kombinationsfußball wie etwa im Vorjahr noch Rekordmeister River Plate.

Dennoch hat Nationaltrainer Marcelo Bielsa angekündigt, die in der heimischen Liga beschäftigten Spieler in Zukunft verstärkt für die Nationalelf berücksichtigen zu wollen. So soll dann auch im Februar 2003 eine fast gänzlich aus Debütanten bestehende „Albiceleste“ zu Testmatches gegen die USA, Mexiko und Honduras antreten.

Traurige Höhepunkte des Torneo waren erneut zahlreiche Fan-Krawalle, ein Anhänger kam dabei zu Tode.

## Tennis

### 25 Jahre Vilas

Unter dem Motto „25 Jahre Vilas“ hat der Argentinische Tennis-Verband am Donnerstag mit einer Feier auf dem Gelände des Vilas-Club in Buenos Aires dem erfolgreichsten Jahr der Verbandsgeschichte gedacht: 1977 hatte Guillermo Vilas auf der ATP-Tour 17 Titel gewonnen, darunter die beiden Grand Slam-Turniere von Paris und New York. Unter den Gratulanten waren auch Tennis-Rentnerin Gabriela Sabatini. (dpa/AT)

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Uruguay mit überaus günstigen Preisen

Während Patagonien für die bevorstehenden Sommermonate durch argentinische und ausländische Touristen weitgehend ausgebucht ist, sowohl was Hotelreservierungen als auch Mietautovorbuchungen angeht, und ebenso die Atlantikküste von San Clemente del Tuyú bis Monte Hermoso ihrer angeblich bisher besten Saison entgegenblickt, geben sich die „Orientalen“ grosse Mühe, um durch Sonderangebote mit Argentinien's Ferienorten konkurrieren zu können.

Sowohl Punta del Este und das ehrwürdige Piriápolis, als auch die Atlantikbäder La Paloma, Atlántida, La Pedrera ebenso wie Colonia del Sacramento und Montevideo wetteifern mit breit gefächerten Offerten. 3-Tage-Pakete erhält man ab 310 Pesos pro Person, inklusive Hin- und Rückpassagen mit Buquebus, wochentags natürlich günstiger als an Wochenenden. In Colonia bekommt man beispielsweise ein 2 Tage/1 Nacht-Programm sogar schon ab 128 Pesos. Info im Internet über [www.buquebus.com](http://www.buquebus.com) oder telefonisch 4316-6500.

### Kinder gratis

Salta bietet für kinderreiche Familien eine interessante Promo. Wenn zwei voll zahlende Erwachsene mit zwei Minderjährigen unter 12 Jahren (Stichtag: 1. Dezember) die Provinz besuchen, sind für die Sprösslinge Hotels, Esslokale, Ausflüge und sogar die Fahrt mit dem Tren a las Nubes zum Nulltarif zu haben.

### Fest der Inselbewohner

Am Sonntag, dem 15. Dezember, ab 16.30 findet auf dem Paraná de las Palmas anlässlich der Fiesta Nacional de la Isla y del Habitante Isleño eine Parade bunt beflaggter Schiffe und Boote statt, die vom Hafen von Escobar abfahren.

Die Festlichkeiten beginnen an sich schon am heutigen Samstag mit zahlreichen Veranstaltungen und laufen die ganze Woche bis zum nächsten Sonntag. Telefonische Auskunft unter 03488-430464.

### Sozialtarife bei SW

Southern Winds bietet seit jüngstem für Passagiere mit Wohnsitz im Landesinneren sog. Sozialtarife, d.h. Passagen zu extrem niedrigen Kosten. Die „Tarifa Diferenciada para Residentes“ gilt auf den Strecken von und nach Salta, Tucumán, Neuquén, Comodoro Rivadavia und Bariloche. Auskünfte über 011 4515-8616.

Andere Binnenfluggesellschaften bieten ähnliche Programme. **Marlú**

## D'Elía bestätigt Plünderungsvorwürfe

Die zwei einflussreichsten „Piquetero“-Anführer, Luis D'Elía und Juan Carlos Alderete, haben unter der Woche bei der Justiz angezeigt, dass Parteigänger von Ex-Präsident Carlos Menem seit einigen Wochen im Großraum Buenos Aires Geld für Plünderungen von Supermärkten anbieten. Aus Kreisen Menems wurden die Vorwürfe deklariert.

In der Vorwoche war Straßenblockierer-Chef D'Elía erstmals mit seinen Mutmaßungen an die Öffentlichkeit getreten. Als Datum der Ausschreitungen nannte er den 20. Dezember, den ersten Jahrestag des Rücktritts von Ex-Präsident Fernando de la Rúa.

Die Regierung von Eduardo Duhalde demonstrierte unterdessen Gelassenheit und setzte den Unterstaatssekretär für Sicherheit, Carlos Vilas, vor die Tür. Dieser hatte die Versionen D'Elías ernst genommen. Die Menemisten registrierten den Rausschmiss als „freundschaftliche Geste“.

Unter den Geschäftsleuten herrscht jedoch nach wie vor zum Teil blanke Angst vor neuen Plünderungen - vor allem bei vielen koreanischen Inhabern so genannter Minisupermärkte, die im vergangenen Dezember nicht nur beraubt, sondern vielfach auch zerstört wurden.

# Künstler und Kultfigur

## Mit Federico Klemm hat Argentiniens Kulturszene eine Persönlichkeit verloren

Buenos Aires ist ärmer geworden. Die schillerndste Persönlichkeit der Kunstszene ist am 27. November gestorben - Federico Klemm. Er war eine lebende Legende, ein Mythos, eine glitzernde Randfigur, exzentrisch und schrill, so dass viele ihn als Witzfigur abstempelten, wenn sie ihn nicht schon wegen seiner Homosexualität verachteten. Das Bild von sich selbst, das er nach außen projizierte, hatte mit dem wirklichen Federico Klemm nicht viel zu tun, wohl diente es dazu, seine Verletzlichkeit zu überdecken. Der Tod hat ihn besiegt, aber zu seinen Lebzeiten war er ein Kämpfer in eigener Sache und hat die Gerüchte und Börsartigkeiten, die oft über ihn verbreitet wurden, eher noch genährt. Ein gefährliches Spiel, das die öffentliche Person Klemm, der sicher auch aus Eitelkeit das Licht der Kameras suchte, und die private Person Klemm miteinander spielten.

Die (Klatsch)Presse, deren liebstes Kind er einst gewesen ist, hat verhalten auf Federico Klemms Tod reagiert. Vielleicht ist klar geworden, dass man wenig von ihm wusste hinter der auffällig gekleideten, kunstvoll friierten, geschminkten Oberfläche, die er zu gerne bot.

Federico Klemm wurde 60 Jahre alt. Er hat alles daran gesetzt, jünger zu wirken. Seine Schönheit, die langsam verging, verwiegte er in Porträts, Selbstbild-

nissen und Skulpturen. Junge und schöne Körper, hauptsächlich von Männern, dienten als Modelle für seine mystisch-theatralischen Gemälde. Man könnte meinen, dass Frauen für ihn in die Kategorien Göttinnen oder Heilige (u.a. in den Porträts seiner Mutter) oder Huren (wie die Verräterin Dalila in seinem letzten Zyklus, „Samson und Dalila“) fielen, jedoch wenn man ihn kannte, wusste man, dass er einen zwanglosen, sehr freundschaftlichen Umgang mit Frauen hatte und sie sehr schätzte.

Was Federico Klemm am meisten auszeichnete, waren seine Liebe zur Kunst, sein sensibles Gespür und sein universelles Wissen. Einen Teil des Vermögens, das er von seinem Vater geerbt hatte, investierte er in eine Sammlung zeitgenössischer Kunst, zu der Werke von Roy Lichtenstein, Andy Warhol, Jeff Koons, Robert Rauschenberg und Sol LeWitt ebenso zählten wie Werke von de Chirico, Picasso oder Dalí, Magritte und Chagall, Max Ernst und Joseph Beuys. Auch Argentinier Stiftung „Fundación Federico Jorge Klemm“, die er als Präsident leitete, förderte Klemm junge Talente. Er stellte unbekannt Künstler zusammen mit renommierten Meistern aus, und eröffnete später einen zusätzlichen Raum, „Espacio Cinco“, der allein neuen Tendenzen gewidmet war und den er dem Kurator López Anaya anvertraute, der in Buenos Aires zu



den einflussreichsten Streitem für die moderne Kunst zählt.

Sein Fernsehprogramm „El Banquete Telemático“, mit dem er Kunst einem Massenpublikum vermitteln wollte, nahm in den letzten Jahren viel seiner Energie in Anspruch. Er investierte weniger Zeit in sein eigenes künstlerisches Schaffen, leider, stellte aber dennoch ungefähr im Jahresrhythmus neue Arbeiten vor. Die letzte Ausstellung im April 2002 im Centro Cultural Recoleta war dem biblischen Mythos „Samson und Dalila“ gewidmet, mit dem Klemm sich auseinandersetzte. Ein Teil dieser Arbeiten ist in seiner „Fundación“ zu sehen, für de-

ren Weiterbestehen er vor seinem Tod noch gesorgt hat: Er hinterließ der Akademie der Schönen Künste (Asociación Nacional de Bellas Artes, ANBA) genügend Geld, um die Verwaltung der Stiftung übernehmen zu können.

Klemm, der einen deutschen Pass hatte und fließend Deutsch sprach - obwohl dieses nach dem Tod seiner geliebten Mutter vor beinahe zwei Jahren etwas eingestarrt war -, fühlte sich Zeit seines Lebens den europäischen Traditionen und Gedankengut verbunden. Als Sechsjähriger kam er nach Argentinien und war so mit dem hiesigen Kulturleben verwachsen, dass ihn niemand als Deutschen ansah. „Es ist mir immer peinlich, wenn sie mich hier fragen, was ich eigentlich gewohnt habe“, gestand er einmal bei einem Gespräch bei einer Ausstellungseröffnung in der „Fundación“ - zu dem er sich wie immer an einen Tisch setzen musste, denn „im Stehen kann ich kein Deutsch reden!“ -, „ich lenke dann immer ganz schnell ab.“

Warum in diesen letzten Tagen der Tod Federico Klemms so wenig Schlagzeilen gemacht hat, ist eigentlich kaum nachvollziehbar. Vielleicht müssen sich die argentinischen Medien erst von dem Schock erholen, eine Einordnung des Phänomens Klemm beginnen und dann Abschied von ihm nehmen.

Susanne Franz

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benante Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3.57.** Die Terminkurse betragen zum 31.12. \$ 3,58, 31.1. \$ 3,64, 28.2. \$ 3,70, 31.3. \$ 3,80 und zum 30.4. \$ 3,95.

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 5,1% auf 517,21,** der Burcapindex fiel um 1,5% auf 1.622,54 und **der Börsenindex stieg um 2,2% auf 25.534,89.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,4% auf \$ 1,9714.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagereisen der ZB betragen am 2.12.02 US\$ 10,07 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 16,28 Mrd.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 9,91 Mrd. bzw. \$ 15,79 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 9,92 Mrd. bzw. \$ 15,46 Mrd. und

ein Jahr zuvor \$ 14,66 Mrd. bzw. \$ 10,08 Mrd.

\*\*\*

**Die grössten Ausfuhrzunahmen wurden im Oktober gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat bei folgenden Produkten verzeichnet:** Honig um 200%, Ölsaaten und Oliven 117%, Rohtabak 143%, Fleisch 133%, Zucker 100%, Schuhwerk 100%, Flugzeuge und Schiffe 200%, Brennstoffe 100%, Roh- und verarbeitete Wolle 50%, getrocknetes und tiefgekühltes Obst 50%, Kfz-Reifen 36%, Rohöl 35%, Kraftstoffe 38% und Erdgas 32%.

\*\*\*

**Ausseramtlich werden folgende Banken als Anwärter für die Ausschreibung vom 9.12.02 genannt, bei der die Beraterin für die Umstrukturierung des Aussenschuld bestimmt werden soll:** ING Baring, BNP Paribas, UBS Warburg und die Bank of America. Ausserdem Lazard Freres und Rotschild, mit denen Mini-

ster Lavagna anlässlich seiner Europareise Kontakte aufgenommen haben soll.

\*\*\*

**Der Einzelhändlerverband Came gab für November die Zunahme der Umsätze seiner Mitglieder von 4% im Vormonatsvergleich, bei einer Abnahme von 20% im Vorjahresvergleich bekannt.** Die Hochrechnung stützt sich auf Ermittlungen in 468 Geschäften. Betont wird der unbedeutende Einfluss der MwSt-Verrin-

gerung von 21% auf 19%, der bis Mittel Januar 03 in Kraft ist. Die grössten Zunahmen verzeichneten Nähmaschinen mit 22%, Inlands-Fremdenverkehr 22%, Textilien und Bekleidung 16%, Bijouterie 15% und Grenzpendler-Fremdenverkehr 15%. Die stärksten Rückgänge wurden bei Weisswäsche mit -6%, Basar- und Geschenkartikeln, Compactdiscs und Kassetten sowie Schuhwerk mit je -5% und Kinobesuche mit -3% gemeldet.

\*\*\*



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

**(5411)4703-5509**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

## Rückgang öffentlicher Dienstleistungen

Die Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen ist im Oktober, nach Angaben des Statistikamtes Indec, im Vorjahresvergleich um 6,1% und im Vormonatsvergleich um 2% zurückgegangen. Die Zahl der Fahrgäste der Vorstadteisenbahnen ging im Vorjahresvergleich um 15,6% zurück, wobei die Belgrano Sur Strecke einen Rückgang von 39,2% verzeichnen musste. Die Untergrundbahnen hatten um 9,6% weniger Fahrgäste.

Bei Telefongesprächen ging der Ortsverkehr um 4,8% zurück, der Regionalverkehr um 12% und der internationale um 5,4%. Die Mautstellen verzeichneten einen um 4,6% geringeren Verkehr, wobei der Pkw-Verkehr um 6,4% zurückging und der Lkw-Verkehr eine Zunahme von 0,4% verzeichnete.

Die Stromlieferungen waren dem Statistikamt zufolge um 1,3% grösser als im Vorjahresoktober, der Trinkwasserverbrauch um 0,5%.

Der Luftverkehr legte im selben Vergleich 0,9% zu, davon der Binnenverkehr um 0,9% und der internationale um 1%. Beim internationalen Verkehr stieg die Beteiligung des heimischen Flugangebotes um 314% (Aerolíneas flog im Oktober 01 nicht), während das ausländische 25,3% einbüßten.

**Das Statistikamt Indec hat den neuen Gehaltskoeffizientenindex CVS (Coeficiente de Variación Salarial) bekannt gegeben.** Mit ihm werden Hypothekenschulden für Familienwohnungen, Personalkredite bis zu \$ 12.000 und Pfandkredite bis zu \$ 30.000 indiziert. Er beträgt von September auf Oktober 0,02% und ab Oktober 01 6,58%. Praktisch wird der Index erst ab Oktober 02 angewendet.

\*\*\*

**An Januar wollen die privaten Krankenkassen die Beiträge zwischen 10% und 20% erhöhen.** In diesem Jahr wurden die Gebühren bereits um 20% erhöht und gleichzeitig die Gutschriften für Medikamente um 25% bis 50% verringert.

\*\*\*

**Für das Buchgesetz wurden Durchführungsbestimmungen bekannt gegeben.** In allen Katalogen muss der Endverbraucherpreis angegeben werden, der dem Käufer zur Verfügung stehen muss. Preisermässigungen dürfen nur bei Sonderanlässen oder an Ämter gewährt werden. Übertretungen werden mit Bussen von \$ 200 bis 20.000 geahndet, im Wiederholungsfall mit Geschäftssperren von bis zu 10 Tagen. Hier wird allerdings nur der Buchhandel gesperrt, so dass bei einem Supermarkt oder einem Zeitungsstand, der auch Bücher verkauft, nur diese Abteilung geschlossen wird. Ausgenommen sind antiquarische, nicht mehr im Katalog geführte, als Salden importierte Bücher usw.

\*\*\*

**Den Ermittlungen von Tendencias Económicas zufolge wies November mit 3.200 (Oktober 6.194) Stellenstreichungen die geringste Entlassungszahl im Jahr 02 aus, die jedoch November 01 leicht übertraf.** Die Suspendierungen waren mit 12.450 knapp mehr als im Vormonat, jedoch um 56% mehr als im Vorjahresnovember. Im ganzen Jahr verloren bisher 488.000 eingetragene Arbeitnehmer ihre Posten, um 7 Mal mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. An erster Stelle der Kündigungen stehen Banken, vor dem Baugewerbe und der Industrie. Auch Streiks gab es im No-

vember im Vorjahresvergleich um 90% weniger, im Vormonatsvergleich um 30% weniger, vorwiegend in den Staats-, Provinz- und Gemeindeverwaltungen, bei Lehrkräften und Justizbeamten. Dennoch wurde nur ein Drittel soviel gestreikt wie in den 11 Monaten 01.

\*\*\*

**Die Stellenangebote lagen im November um 8,6% über Oktober und zum ersten Mal im Jahr über dem gleichen Vorjahresmonat.** Der IDL-Index der Di Tellauniversität lag mit 62,80 Punkten um 4,96 Punkte über Oktober.

\*\*\*

**Der Verband Europäischer Fluggesellschaften hat Aerolíneas Argentinas ermächtigt, die Instandhaltung von Flugmaschinen europäischer Gesellschaften durchzuführen.** Die Reparaturen erfolgen in den in Ezeiza mit US\$ 10 Mio. Investition neu eingerichteten Werkstätten.

\*\*\*

**In einer Stellungnahme hat der Industrieverband Unión Industrial Argentina (UIA) die EU-Forderungen über die Kennzeichnung mit transgenen Anteilen erzeugter Nahrungsmittel durch Sonderetiketten zurückgewiesen.** Die Forderung entbehre jeder wissenschaftlichen Grundlage und könne zu Irreführungen der Endverbraucher führen. Die UIA bedauere, dass auch Mitglieder der argentinischen Regierung derlei Massnahmen unterstützen, die nur die Binnenpreise der Lebensmittel erhöhen.

\*\*\*

**Durch Dekret 2442/02 (Amtsblatt vom 3.12.02) wurden die Normen über Abzüge bei der Gewinnsteuergrundlage von Krediten, die nicht kassiert werden können, neu reglementiert, so dass Paragraph 136 der Reglementierung des Gewinnsteuergesetzes geändert wird.** Nicht kassierbare Kredite dürfen abgezogen werden, wenn der Kredit in einem Vergleichsverfahren bestätigt worden ist, der Schuldner Konkurs erklärt hat oder verschwunden ist, wenn Schritte vor Gericht eingeleitet wurden, um den

## Gestiegene Kfz-Verkäufe

Die Lieferungen der Kfz-Hersteller an ihre Agenturen haben im November gegenüber dem Vormonat, durch die Möglichkeit mit Bodenbonds zu bezahlen, um 23,4% auf 7.230 Einheiten zugenommen. An erster Stelle stand PSA Peugeot Citroën mit 1.801 Fahrzeugen, vor Ford mit 1.563 und Renault mit 848.

Wie der Herstellerverband Adefa weiter mitteilt, ist der Absatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in den ersten 11 Monaten des Jahres um 45,6% auf 75.246 Kfz zurückgegangen. Im November wurden 15.787 Kfz gefertigt, um 2,1% weniger als im Vormonat und um 8% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der 10 Kfz-Fabriken betrug 15%, ihre Produktion in 11 Monaten 147.696 Fahrzeuge, um 35,2% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Ausfuhren waren mit 11.027 Kfz um 3,5% geringer als im Oktober und um 19,4% grösser als im Vorjahresnovember. In diesem Jahr wurden bisher 75.551 Fahrzeuge ins Ausland geliefert, um 23,3% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

geschuldenen Betrag zu kassieren, wenn die Schuldner ihre Tätigkeit aufgenommen haben, oder wenn Verjährung eingetreten ist. Die AFIP wird Höchstgrenzen für diese Abzüge festsetzen. Der Kredit muss sich mindestens 180 Tage in Verzug befinden, wobei angenommen wird, dass es sich um einen Barverkauf handelt, wenn kein Zahlungsdatum angegeben wurde.

\*\*\*

**Ignacio José Buitrago wurde durch Dekret 2448/02 (Amtsblatt vom 3.12.02) zum Vorsitzenden des Steuergerichts ernannt, das vom Schatzamt abhängt und wie ein Gericht erster Instanz vorgeht.** Da es sich jedoch um ein Verwaltungsgericht handelt, gilt hier das „solve et repete“ nicht, so dass ein umstrittener Steuerbetrag nicht gezahlt werden muss, bevor das Urteil nicht in diesem Sinn gefällt worden ist.

\*\*\*

**Durch Dekret 2437/02 (Amtsblatt vom 3.12.02) wurden die Tarife für Gas und Strom neu festgesetzt, so dass sich bei Gas für Haushalte eine Zunahme von 7,3% bis 9,9% ergibt (je nach dem Gasverteilungsunternehmen) und bei Gas für die Industrie von 8,3% bis 19,8%, wobei Konsumenten von bis zu 500 cbm jährlich in der Bundeshauptstadt und Umgebung und etwas mehr in kalten Gegenden von der Zunahme ausgenommen werden.** Für Kraftwerke bleibt der Tarif unverändert. Der Transporttarif wird bei TGS um 10% und TGN um 7% erhöht. Beim Strom betragen die Zunahmen für Haushalte 11%, für Handels- und Industriebetriebe hingegen bis zu 16%. Verbraucher von bis zu 300 kW pro Bimester werden von der Zunahme ausgenommen. Die Ferntransporttarife für Strom werden um 3% bis 5% angehoben. Der IWF hatte eine Zunahme von durchschnittlich 30% gefordert. Bei einer Abwertung von 260% und angesichts der Tatsache, dass Reparaturmaterial Dollarpreise hat, und die Zinsen für die Schulden auch in Dollar bezahlt werden müssen, erscheinen die Zunahmen gering. Lavagna meint, die Unternehmen decken ihre Kosten. Das ist zweifelhaft und auf alle Fälle nur bei einer unzureichenden Wartung der Fall.

\*\*\*

**Der ehemalige La Tropa Schlachthof in Rosario, mit einer Monatskapazität von 6.000 Stück Vieh, die dank der bebauten Fläche von 6.000 qm auf 9.000 erhöht werden kann, wurde 5 Jahre nach seiner Pleite wieder eröffnet.** Unter dem Firmennamen Mattievich soll vorwiegend für den Export gearbeitet werden. Mattievich besitzt in der Provinz Santa Fe Schlachthöfe in Puerto San Martín, Casilda, Carcarañá und Elortondo.

\*\*\*

**Der Unternehmer F. De Narváez, vormals Casa Tía, und der ehemalige Bankier A. Shaw sind die neuen Betreiber der Ausstellungs- und Vorführungsgelände des Viehzüchterverbandes Sociedad Rural Argentina (SRA) im Stadtbezirk Palermo.** Bei der in den USA stattgefundenen Konkursmasse-Versteigerung des bisherigen Konzessionärs bis 2025, der US-Firma Ogden, haben sie 100% der Anteile zu gleichen Teilen erworben. Nach der Aufgabe des Spielkasinos in Iguazú und der Beteiligung an der Flughafenzonenzession von AA2000 waren das die letzten Aktiven des US-Unternehmens in Argentinien. Der Kaufbetrag soll US\$ 500.000 und die Übernahme von Bankschulden von \$ 50 Mio. betragen haben. Die Konzessionsgebühr beträgt US\$ 60.000 im Jahr. 1995 hatte Ogden für die Konzession US\$ 15 Mio. bezahlt.

\*\*\*

**Der Postkonzessionär Correo Argentino hat die Postfachmieten von \$ 40 auf \$ 300 im Jahr um 650% erhöht.** Die betroffenen Mieter haben bei der Regierung protestiert.

\*\*\*

**Bei der ersten Lebacwechsel-Ausschreibung nach dem Ende der Depositeneinfrierung wurde die Tendenz stetig fallender Zinssätze**

**KAUFEN VERSCH.  
COMPRAS VARIAS**

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

## Fünfsterne Hotels mit weniger Gästen

Trotz der vielgepriesenen Blütezeit des Fremdenverkehrs haben die Fünfsternehotels der Stadt Buenos Aires die schwächste Saison in vielen Jahren. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres sind die Übernachtungen in den zehn ersten Hotels der Stadt um 10% auf 41,9% Auslastung ihrer Kapazität zurückgegangen, wie die auf die Branche spezialisierte Beraterfirma HVS International ermittelt hat. Die Übernachtungen sind in diesem Jahr auf die Hälfte der Zahlen von 1997, dem besten Jahr für die grossen internationalen Hotelketten, geschrumpft.

HVS International hat bei folgenden Hotels ermittelt: Alvear Palace, Caesar Park, Emperador, Hilton, Inter-Continental, Marriott Plaza, Park Hyatt, Sheraton Park Tower, Sheraton Retiro und Sheraton Libertador. Die Durchschnittspreise pro Übernachtung betragen in diesen Hotels zwischen Januar und Oktober US\$ 118 gegen US\$ 203 vor vier Jahren und US\$ 167, die bis zum Vorjahr berechnet werden konnten.

Die Preisverringerungen in Dollar brachten eine 43%ige Verringerung der Zimmerpreise der grossen Hotelketten mit sich. In den ersten zehn Monaten 2002 hatten die Fünfsternehotels der Stadt Einnahmen von US\$ 48,9 Mio. Im in dieser Hinsicht besten Jahr 1998 nahmen diese Hotelketten in den ersten 10 Monaten US\$ 105 Mio. und im ganzen Jahr US\$ 127,7 Mio. ein.

Die Kluft zwischen 1998 und 2002 wird für die grossen Hotelketten noch grösser, wenn berücksichtigt wird, dass die Zahl der angebotenen Zimmer in diesem Zeitraum um 25,7% zugenommen hat.

**gebrochen.** Für Wechsel auf 58 und 182 Tage nahmen die Schnittsätze leicht zu, bei jenen auf 30, 91 und 121 Tage weiter leicht ab. So zahlten Lebac auf 30 Tage auf Jahresbasis 7,4672%, um 0,03% weniger als bei der letzten Ausschreibung.

\*\*\*

**Die Möglichkeit Argentiniens, Informatik- und Kapitalgüter mit Nullzoll einzuführen und Kapitalgüterausfuhren mit 14% zu begünstigen, die innerhalb der Mercosurabkommen am 31.12.02 abläuft, konnte bis zum 30.6.03 verlängert werden.** Die Verlängerung konnte durch Verhandlungen mit dem gewählten Präsidenten Brasiliens erzielt werden, der bemüht ist, die Mercosurbeziehungen flüssig zu erhalten.

\*\*\*

**Argentinien hat die USA ersucht 112 Zollpositionen, die Lieferungen für US\$ 230 Mio. im Jahr bedeuten, in ihre Zollpräferenzliste aufzunehmen.** Es sind verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Kfz-Zulieferteile, Metallwaren, Chemikalien und Pharmaprodukte sowie Schädlingsbekämpfungsmittel und andere petrochemische Erzeugnisse. Derzeit verkauft Argentinien den USA 27 Zollpositionen für US\$ 100 Mio. im Jahr. Über weitere 14 für US\$ 130 Mio. soll bis März entschieden werden.

\*\*\*

**Schatzsekretär Sarghini sagte für dieses Jahr einen Fiskal-Primärüberschuss von 0,5% des BIP voraus und für das kommende einen konsolidierten Überschuss von Staat und Provinzen von 2,5% des BIP.** Er bezweifelte, dass die MwSt-Verringerung auf 19% beibehalten wird. Das Defizit der Provinzen würde geringer als \$ 3 Mrd. sein. Die ZB habe kein Geld geschöpft, um den Staat zu finanzieren. Argentinien habe im Ausland um US\$ 1,5 Mrd. angesucht, um im

kommenden Jahr Provinzdefizite zu finanzieren und die Rücknahme der Ersatzgelder zu ermöglichen. Allerdings hänge diese Kreditaufnahme von den Verhandlungen mit dem IWF ab.

\*\*\*

**Der Wasserkonzessionär Aguas Argentinas hat der Regierung einen Verbesserungs- und Erweiterungsplan auf der Grundlage einer 15%igen Tarifierhöhung und der Zahlung der Schulden des Staates an die Firma unterbreitet.** Der Plan enthält Investitionen von \$ 95 Mio. für 2002 und \$ 155 Mio. für 2003.

\*\*\*

**Die Regierung hat 2 der 3 IWF-Empfehlungen in den Haushaltsplan aufgenommen.** Der vorgesehene Ausgabenposten von \$ 3,5 Mrd., der als Polster für Unvorgesehenes eingerechnet wurde, sollen nur eingesetzt werden, wenn die Einnahmen nicht ausreichen. Ausserdem werden die Ausgaben um \$ 1 Mrd. gekürzt, was dem Kabinettschef aufgetragen wird.

\*\*\*

**Im Oktober kamen in Ezeiza rd. 90.000 Auslands Touristen an, um 14% mehr als im Vorjahresoktober.** Wie das Einwanderungsamt bekanntgab, wurde eine grosse Zahl Reisender aus Staaten wie Ekuador, Kolumbien und Peru verzeichnet, die gewohnheitsmässig ihre Urlaube nicht in Argentinien verbringen.

\*\*\*

**Der Präsident des Bankenverbandes ABA und der der Hypothekenbank haben sich, anlässlich der Schaffung des CEF (Centro de Estabilidad Financiera) erneut für Universalbanken ausgesprochen und die Regierung aufgefordert, sich an der Wiedererrichtung des Finanzsystems zu beteiligen.** Obwohl eine Offshore-Bank den Vorteil bietet, dass die Vermögen der Einleger der Gesetzgebung des Staates nicht unterworfen sind, könne sie das Kreditwesen und

## EU verlängert Zollverringerungen für Argentinien

Das argentinische Aussenministerium gab bekannt, dass die EU die im Rahmen der SGP-Zollbegünstigungen verringerten Zollsätze für Einfuhren aus Argentinien um zwei Jahre verlängert hat. Das bedeute für Argentinien zusätzliche Ausfuhren für rd. US\$ 600 Mio. im Jahr.

Das SGP System gestattet Entwicklungsländern nach Europa mit Zollverringerungen von 15% bis 100% liefern zu können. Auch die USA haben ein ähnliches System, wenn auch mit eigenen Spielregeln, und trotz der eigenen Wirtschaftskrise haben die USA in diesem Jahr zusätzliche argentinische Erzeugnisse in ihre SGP-Liste aufgenommen.

Von der Verlängerung der europäischen SGP-Zollnachlässe werden vorwiegend argentinische Fischlieferungen für etwa US\$ 400 Mio. im Jahr begünstigt. Die entsprechende Begünstigung kam nur für Argentinien zur Anwendung. Weitere Erzeugnisse in der SGP-Liste sind Gemüse, Obst und andere essbare Früchte, Fette, Öle und Wachs.

Wachstum nicht fördern. Ausserdem würden die Bankeinlagen schwerlich Investitionen im eigenen Land fördern, was wieder zu schwarzen Kapitalmärkten und anschliessend zur Krise führen würde.

\*\*\*

**Nach Kompensationen für die asymmetrische Pesifizierung von knapp US\$ 10 Mrd., fordern die Banken jetzt weitere \$ 8 Mrd.** Sie haben ihre Verluste durch auf richterliche Befehle zum Tageskurs ausgezahlte, eingefrorene Einlagen mit \$ 4 Mrd. und jene durch ungleiche Anwendungen der CER- und CVS-Indices verursacht, mit weiteren \$ 4 Mrd. bewertet.

\*\*\*

**Die PSEG (Public Enterprise Group der USA), hat der ebenfalls US-Firma AES ihr 19%iges Aktienpaket des Wärmekraftwerkes Central Térmica de San Nicolás übertragen.** PSEG und AES sind Partner bei mehreren Vorhaben in Argentinien.

\*\*\*

**Im November erreichen die Provinzen hohe Zunahmen bei den Einnahmen aus ihren eigenen Steuern im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat.** An der Spitze lagen Neuquén mit +97% und Chaco mit +92%. Buenos Aires erreichte um 62% mehr, Córdoba 58%, San Luis 36%, La Rioja 76% und Salta etwa 60%. Die Provinzen haben sich bei der Eintreibung ihrer Steuern mehr angestrengt, wobei in Buenos Aires u.a. Fälligen das Steueramortatorium zum Erfolg verhalf. Von den gesamten Einnahmen an nationalen Steuern von \$ 5,02 Mrd. erhielten die Provinzen nur \$ 1,15 Mrd., was nur um 3,5% mehr als im November 01 ist. An den Aussenhandelssteuern sind die Provinzen nicht beteiligt und an der Steuer auf Bankkonten nur mit einem niedrigeren Koeffizienten.

\*\*\*

**Präsident Duhalde erklärte, Ende Dezember werde er mitteilen können, dass die Rezession beendet sei, weil dann das BIP während 3 Quartalen in Folge zugenommen haben werde.** Ausserdem hätten die Arbeitslosigkeit und die extreme Armut abgenommen. Die ersten Daten des INDEC über die Arbeitslosigkeit

im Oktober ergeben angeblich eine Abnahme um 2 Punkte gegenüber den 21,5% vom Mai. Dies ist jedoch auf die Subvention von \$ 150 pro Monat für Familineroberhäupter zurückzuführen, die als Gegenleistung eine bestimmte Arbeit durchführen müssen, was in der Regel jedoch nicht oder nur beschränkt der Fall ist.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Lavagna erklärte am Donnerstag bei der Konferenz des Industrieverbandes „Unión Industrial Argentina“, dass das BIP um mindestens 4% jährlich wachsen werde.** Er wolle keine 10%, da dies ein schlechtes Ende nehme. Der Minister übte scharfe Kritik an der Konvertibilität, die er für die gegenwärtige Krise verantwortlich machte, was von den anwesenden Industriellen mit starkem Applaus quittiert wurde.

\*\*\*

**Bernardo Kosakoff, CEPAL-Vertreter in Argentinien, erklärte, 40% der Güterproduktion sei gegenwärtig für den Export bestimmt.** Der Wirtschaftsberater Carlos Tramutola ergänzte diesen Gedanken mit der Bemerkung, dass der Export gestiegen sei, weil der interne Konsum gesunken ist. Argentinien müsse sich bemühen, den Exportprodukten mehr Mehrwert einzuverleiben. Durchschnittlich hat eine exportierte Tonne einen Wert von US\$ 370, während eine importierte US\$ 1.370 wert ist. Indessen besagt dies nichts, da sich der Export auf Commodities konzentriert, der Import hingegen auf komplexe Industriegüter.

\*\*\*

**Die Regierung drängt den Kongress, die Reform des Gesetzes über die ZB-Charta zu verabschieden.** Indessen besteht eine starke Opposition gegen die darin vorgesehene Immunität der ZB-Direktoren. Dies bezieht sich darauf, dass die Direktoren nicht prozessiert werden können, wenn sie innerhalb ihre Befugnisse gehandelt haben. Im Fall von Bankliquidierungen ist es üblich, dass die Inhaber der Banken die Direktoren bei Gericht anklagen, so dass diese sich um eine komplexe und langwierige Verteidigung kümmern müssen. Der ehemalige ZB-Präsident Adolfo Diz (1975 bis 1981) hatte Prozesse, die 25 Jahre gedauert haben, bis alle Klagen nieder-

geschlagen wurden. Im Kongress ist die Initiative aufgekommen, dass Bankliquidierungen vom Kongress beschlossen werden müssen.

\*\*\*

**Carlos Alberto Leone, bis vor kurzem Staatssekretär für Industrie und vorher Acindar-Direktor, wurde zum Direktor der Banco Nación bis zum 23.1.04 ernannt.**

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Lavagna teilte Bundeskanzler Schröder anlässlich einer Unterredung mit, dass die Regierung Siemens für die Aufhebung des Vertrages für die Ausstellung der DNI-Personalausweise, plus Migrationskontrolle und Informatiksystem beim Personenregister, nicht entschädigen werde.** Die Entscheidung war seinerzeit von Präsident De la Rúa getroffen worden. Somit läuft jetzt das Verfahren weiter, das Siemens durch die Klage vor dem internationalen Gericht der Weltbank (ICSID, International Center for Settlements on Investment Disputes, auf spanisch CIADI) eingeleitet hat. Wie verlautet, soll ein spanischer Jurist von Argentinien mit der Verteidigung beauftragt werden.

\*\*\*

**Lockheed Martin, Konzessionärin der Flugzeugfabrik in Córdoba, die vorher von der Luftwaffe betrieben wurde, hat gedroht, sich zurückzuziehen, wenn der Staat die Schuld an das Unternehmen nicht bezahlt oder keine Gesamtlösung vereinbart wird.**

\*\*\*

**Der Preis für Pressgas bei Tankstellen wurde von YPF von 36 auf 41 Centavos je cbm erhöht.**

\*\*\*

**Die Regierung beabsichtigt, die doppelte Entlassungsschädigung, die durch die Notstandsordnung dieses Jahr eingeführt wurde, mindestens bis zum 25. Mai zu verlängern.** Ursprünglich war diese Massnahme für 6 Monate getroffen worden, wurde jedoch bis zum 30.3.03 verlängert. Diese Doppelentschädigung soll indessen nicht für Arbeitnehmer gelten, die ab dem 1.1.03 eingestellt werden.

\*\*\*

**Produktionsminister Aníbal Fernández erklärte bei der Konferenz der UIA, er persönlich befürworte, dass bei Neueinstellungen von Personal die Soziallasten, besonders die Entlassungsschädigung, für**

**eine bestimmte Frist (mindestens solange der Notstand dauert), aufgehoben werden.** In vielen Fällen brauchen Unternehmen, die ihre Produktion erweitern wollen (wegen Ersatz von Importen oder Exportmöglichkeiten) zusätzliche Arbeitskräfte, halten jedoch zurück, weil sie nicht wissen, ob diese Lage andauert. Wenn dem nicht so ist, müssten sie dann hohe Entlassungsschädigungen zahlen, womit sich das ganze Geschäft nicht gelohnt haben würde. Diese Massnahme müsste per Gesetz genehmigt werden. Die Gewerkschaften sträuben sich prinzipiell gegen jede Lockerung der Entlassungsschädigung, so dass der Erfolg der Initiative von Minister Fernández zweifelhaft erscheint.

\*\*\*

**Die staatliche Nachrichtenagentur Telam wurde vom Staatsholding SNMP („Sistema Nacional de Medios Públicos“) ausgegliedert.** Der Zusammenschluss der Agentur mit dem staatlichen Fernsehkanal und den staatlichen Rundfunksendern war unter der Regierung De la Rúa verfügt worden, um Synergieeffekte zu erzielen. In der Praxis ging alles wie zuvor weiter.

\*\*\*

**Die Regierung gab bekannt, dass die Beamten des Nationalstaates ab 1.1.03 das volle Gehalt in bar beziehen werden, wobei der Abzug von 13%, der bis dahin erfolgte und der von der Justiz für illegal erklärt wurde, in Form eines Boden-Bonds auf 5 Jahre rückerstattet werden soll.**

\*\*\*

**Die parlamentarische Geldwäsche-Kommission, geleitet vom Deputierten Eduardo di Cola (PJ, Córdoba) hat der AFIP Information über eine angebliche Kapitalflucht von US\$ 20 Mrd. im Jahr 01 übergeben.** Die Angaben beziehen sich auf 26.000 physische Personen, die US\$ 275 Mio. überwiesen haben, und etwa 5.000 Unternehmen mit US\$ 13,7 Mrd. Die Untersuchung umfasst 69% des Finanzsystems, da viele Banken unter Berufung auf das Bankgeheimnis sich weigerten, die Daten bereitzustellen. Eine Hochrechnung ergibt daher etwa US\$ 20 Mrd. Obwohl die Überweisung ins Ausland 2001 legal war, sollen die Beträge jedoch in vielen Fällen nicht beim Steueramt gemeldet worden sein.

\*\*\*

**Die Kammer der Fabrikanten von generischen Medikamenten (Cagpen) wies darauf hin, dass die Beteiligung dieser Pharmaprodukte von 0,5% auf 8% am Umsatz der Apotheken gestiegen sei, seit das Gesetz über generische Medikamente erlassen wurde.** Die anderen Kammern, die die meisten Pharmaunternehmen vertreten (CILFA, CAEME und Cooperala) weisen ununterbrochen auf die Gefahren hin, die die Verwendung von generischen Medikamenten mit sich bringt, da das staatliche Kontrollorgan ANMAT keine Prüfung der sogenannten „Bioäquivalenz“ durchgeführt habe, so dass die volle Ersetzbar-

keit von Medikamenten mit dem gleichen aktiven Prinzip nicht gewährleistet sei.

\*\*\*

**ZB-Präsident Aldo Pignanelli gab bekannt, dass binnen 2 Wochen die öffentliche Ausschreibung für den Verkauf der Banken Suquia, Bersa und Bisel eingeleitet wird.** Diese Banken waren von der französischen Genossenschaftsbank Credit Agricole gekauft worden, die sich dieses Jahr nach dem Eingriff der Regierung in das Bankgeschäft zurückzog, worauf die Banco Nación die Verwaltung der Banken übernahm.

\*\*\*

**Miguel Altuna, Vorsitzender der Molkereigenossenschaft Sancor, erklärte, 30% der Milchproduktion werde direkt roh verkauft und zahle keine Steuern.** Der Konsum von Milch und Milchprodukten sei im Inland von umgerechnet 233 Liter pro Kopf 2001 auf gegenwärtig 160 Liter gefallen. Dabei sei der Konsum von flüssiger Milch weniger gefallen, der von Milchprodukten sehr stark, mit einem Rückgang von 32% bei Käse. Der Milchpreis, der an den Landwirt gezahlt wird, sei gegenüber dem Vorjahr um 115% gestiegen, während die Preise für von Sancor erzeugte Produkte nur um 63% stiegen.

\*\*\*

**Die argentinischen Milchproduktion ist von 10,5 Mrd. Liter vor 5 Jahren auf etwa 8 Mrd. Liter in diesem Jahr zurückgegangen.** Dies ist auf niedrige Preise und Verluste, sowie Verdrängung der Milchwirtschaft durch Anbau von Sojabohnen zurückzuführen. Nachdem die in- und ausländische Nachfrage gesunken ist, weisen die Milchbauern darauf hin, dass sich die lokale Monopolstellung der Verarbeitungsbetriebe verstärkt hat. In anderen Ländern bestehen subventionierte Mindestpreise und/oder Systeme, durch die die Milchlieferanten 35% bis 40% des Endpreises der Milch erhalten. Täglich werden durchschnittlich 4 landwirtschaftliche Molkereibetriebe geschlossen, was eine Zerstörung von produktivem Kapital bedeutet, nicht nur wegen der Anlagen, sondern auch wegen der Kühe, die besondere genetische Merkmale haben.

\*\*\*

**Die Strassenkonzessionäre haben starke Erhöhungen der Mauten gefordert.** Bei der Autobahn Ricchieri-Cañuelas-Ezeiza soll die Maut von \$ 0,70 auf \$ 1,10 (50%) erhöht werden, bei der Nordausfahrtautobahn soll sie in 4 Etappen von je 15% im Laufe des Jahres 2003 von \$ 1,90 auf \$ 3,50 erhöht werden, bei der Autobahn Buenos Aires-La Plata von \$ 1,70 auf \$ 2,20 (42%) und bei der Ausfahrtautobahn nach Luján von \$ 1,50 auf \$ 2,10 (37,5%).

\*\*\*

**Die Provinz Buenos Aires hat für 2003 die Bruttoumsatzsteuer für die Rinderverkäufe mit einem Satz von 1% wieder eingeführt.** Ausserdem sollen die Landwerte zur Berechnung der Immobiliensteuer um etwa 50% erhöht werden. Um das Defizit auf \$

700 Mio zu senken, was eine Verringerung von 50% gegenüber 2002 bedeutet, wird ausserdem verfügt, dass bei den Beamtenehältern von über \$ 1.200 monatlich eine Kürzung von 4% bis 34% durchgeführt wird, mit einem Höchstgehalt von \$ 4.500. Dennoch liegen die budgetierten Gesamtausgaben mit \$ 10,98 Mrd. um \$ 1,1 Mrd. über 2002. Die Ausgaben für Sicherheit, Gesundheit und Sozialprogramme werden um \$ 370 Mio. erhöht.

\*\*\*

**IWF-Sprecher Thomas Dawson erklärte, in den letzten 14 Tagen seien keine Neuigkeiten bei den Verhandlungen mit Argentinien eingetreten.** Es bestünden immer noch unge löste Probleme. Argentinien weise trotz einiger Erholungszeichen weiterhin eine schwierige Lage aus. Zu den Tarifierhöhungen bei öffentlichen Diensten sagte Dawson, dass der IWF weiterhin der Meinung sei, dass die Entscheidung in einem angemessenen Rahmen studiert werden müsse, um zu einer Anpassung sämtlicher Tarife zu gelangen.

\*\*\*

**Der Investment-Fonds Coinvest hat das lokale Fernverbindungsunternehmen MetroRed durch den Kauf der Passiven von US\$ 147 Mio. übernommen.** HSBC Private Equity, Filiale der HSBC-Bank, hat den Käufern einen Kredit zu diesem Zweck gewährt. Dies geschah einen Tag vor dem für die Ausschreibung festgesetzten Datum, wobei ein Grundpreis von nur US\$ 9 Mio. vorgesehen war. Coinvest wurde gegründet von James Stewart, José Ortiz (beide vormals Exxel-Group), Martín Ruete Aguirre, Gonzalo Perez Moore, Roberto Ruiz (alle vormals Citibank Equity Investment und Telefónica) und Juan Avellaneda (vormals Nike). Hinzu kamen dann noch Marcelo Suvá (vormals MBA) und Marcelo Diez (vormals Perez Copmpanc family group). MetroRed begann 1997 in Argentinien mit Fernverbindungsdiensten für Unternehmen. Das Unternehmen wurde von MetroRed Telecom Group kontrolliert, dessen Mehrheitsaktionär der US Fonds Fidelity Investments war. MetroRed hat in Argentinien um die US\$ 200 Mio. für Ausrüstungen und eine Netz von optischen Fasern investiert. Obwohl das Unternehmen im Mai einen Vergleich vor Gericht anmeldete, behielt es bis jetzt 300 Kunden.

\*\*\*

**Bei der UIA-Konferenz in Parque Norte wurden Angaben über Exporterfolge bekannt.** Eine Gerberei teilte mit, dass sie Leder für Automobile Audi, BMW und Daimler Chrysler massgeschneidert liefere. Dies bringe jährlich US\$ 200 Mio. ein, bei gesamten Lederexporten für etwa US\$ 1 Mrd. Die Bekleidungskammer wies darauf hin, dass der Export dieser Branche in diesem Jahr um 40% zugenommen habe, von 758 auf 1.068 Tonnen Bekleidungsstücke. Die Schuhkammer wies auf eine Zunahme von 300% bei Lederschuhen im Oktober 2002 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat hin.

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)		
	2001	2002
Feb.	128.297.641	368.268.829
März	205.784.513	521.511.162
Apr.	45.312.412	70.752.564
Mai	100.879.210	108.698.186
Juni	180.109.451	97.756.376
Juli	1.031.615.072	269.607.503
Aug.	107.380.784	80.009.623
Sep.	1.118.938.776	67.852.022
Okt.	455.222.172	91.049.838
Nov.	163.388.328	1.323.584.662

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Die Rückdollarisierung auf der langen Bank

Der oberste Richter Carlos Fayt hatte in der Vorwoche für Schlagzeilen gesorgt, als die Kladder seines Urteils über die Rückdollarisierung der eingefrorenen Bankdepositen von unbekannter Hand an die Öffentlichkeit durchgesickert worden war. Das bedeutete im Klartext, dass mit Fayt fünf von jetzt acht obersten Richtern mehrheitlich die Rückdollarisierung der Depositen beschliessen würden. Der Oberste Gerichtshof würde gleiches Recht sprechen wie zahlreiche Richter erster Instanz und Berufungskammern, die mit einstweiligen Verfügungen (Spanisch „amparos“) die Zwangsspezifizierung der Depositen für verfassungswidrig verdonnert hatten. Der Oberste Gerichtshof hatte bereits im vergangenen Februar im Fall Smith die gleiche Verfassungswidrigkeit verkündet.

Nachdem die Kladder des Urteils von Richter Fayt durchgesickert war, vermehrte sich die politische Spannung am Platz, wie die Regierung darauf reagieren würde. Wirtschaftsminister Lavagna konterte in Pressegesprächen („Clarín“, 2. Dezember), dass bei symmetrischer Rückdollarisierung die Schulden der Unternehmen, die in Dollar vereinbart worden waren, aber dank der Pesifizierung eins zu eins zum Peso beibehalten wurden, um \$ 34 Mrd. zunehmen würden. Das entspreche 8,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 29 mal den Primärüberschuss des Schatzamtes. Bei asymmetrischer Rückdollarisierung müsste der Staat die Banken im Verhältnis von \$ 2,1 je US\$ für \$ 28,5 Mrd. entschädigen. Das mache so viel wie 8 Jahre Sozialhilfe für Haushaltsvorstände oder 190 Mio. Zahlungen von je \$ 150 im Monat oder eine Subvention von \$ 150 im Monat für 16 Mio. Familien im Jahr aus. All das, meinte Lavagna spitz, um 400.000 Depositeninhaber zu begünstigen.

Die Aufruhr, die das vermeintliche Votum Fayts bewirkte, zumal klammheimlich eine gewaltige Geldschöpfung der Notenbank als Vorschüsse für die Banken vorweg genommen wurde, damit sie mit diesen Pesos die Dollar erwerben, um die rückdollarisierten Depositen auszuzahlen, legte sich indessen, nachdem der gleiche Richter Fayt überraschenderweise am Dienstag sein Votum zurückzog,

das er seinen Kollegen zur Einsicht unterbreitet hatte.

Im Verlauf der jeden Dienstag stattfindenden Sitzung des Obersten Gerichtshofs eröffnete Fayt seinen Kollegen gleichsam nebenbei, dass er selber ein Festgeld von US\$ 205.280 im Banco de la Nación Argentina unterhalte, das in fünfjährige Dollarboden umgewandelt wurde. Er habe Anrecht auf diese Umwandlung gehabt, weil er älter als 75 Jahre sei. Fayt begründete sein bisheriges Stillschweigen über dieses Geld damit, dass es in einer Staatsbank angelegt sei. Trotzdem sah er ein, dass er wegen dieses Dollardepots befangen sei, zog sein Urteil zurück und erklärte, dass er sich im kritischen Fall der Rückdollarisierung der Stimme enthalten werde. Seine Kollegen im Gerichtshof prüfen die Befangenheit Fayts, dem sogleich Absetzungsverfahren drohten, weil er die Befangenheit nicht früher mitgeteilt hatte. Fayt hatte das Urteil im Fall Smith auch unterschrieben, das die Pesifizierung der Dollardepositen für verfassungswidrig erklärte.

Ohne Fayt verbleiben nur vier der acht obersten Richter, die für die Rückdollarisierung stimmen: Julio Nazareno, Präsident, Eduardo Moliné O'Connor, Adolfo Vázquez und Guillermo López. Gegen die Rückdollarisierung stimmen Augusto Belluscio und Antonio Boggiano, die auch die einstweiligen Verfügungen einstellen wollen. Enrique Petracchi und Gustavo Bossert hatten sich von Anfang an für befangen erklärt, weil sie Inhaber eingefrorener Depositen sind. Bossert ist inzwischen zurückgetreten. Ihn ersetzt Fayt als befangener Richter.

Richter Fayt war Parteisozialdemokrat, wurde von Präsident Alfonsín 1984 ernannt, ist 84 Jahre alt und erreichte, dass der Oberste Gerichtshof die Verfassungsklausel von 1994 für verfassungswidrig erklärte, laut der 75jährige Richter in Pension zu gehen haben. Seine Befangenheitserklärung hat die Rückdollarisierung zunächst auf die lange Bank geschoben.

Für ein Mehrheitsurteil müssten drei Bundeskammerpräsidenten sowie gegebenenfalls Ersatzrichter (Spanisch „conjuces“) herangezogen werden, damit sie

das Urteil fällen, ohne freilich selber befangen zu sein. Dieser Tage wurde die Liste von neun Ersatzrichtern veröffentlicht. Das dürfte den ganzen Rechtsfall bis nach den Justizferien vom Monat Januar hinausschieben.

Gelegentlich dürfte der Oberste Gerichtshof sich selber treu bleiben und die Rückdollarisierung prinzipiell gutheissen. „Pacta sunt servanda“, lautet das lateinische Sprichwort, das den Streitfall bestimmt, zumal ein Sondergesetz die Depositen vor der Einfrierung im vergangenen Februar, Spanisch genannt „corralón“ (grosser Hof), ausdrücklich vor Eingriffen der Regierung geschützt hatte.

Das heisst freilich mitnichten, dass dann die Banken umgehend alle Depositen in Dollar auszahlen. Vielmehr kann der Oberste Gerichtshof nach der prinzipiellen Rückdollarisierung das Prozedere der Exekutive und dem Kongress anvertrauen. Richter erlassen keine Gesetze, sondern sprechen nur Recht in konkreten Fällen. Das dürfte sicherlich auf sich warten

lassen. Unterdessen arrangieren sich die Banken mit ihren Kunden, zahlen Depositen im Verhältnis von \$ 1,40 plus Wertberichtigung CER (Konsumentenpreise) aus oder anerkennen die Dollarschuld, was sie als vertrauenswürdig einstufen würde. Gelegentlich wird die Wertberichtigung durch die interne Preisinflation den Dollarkurs einholen, womit sich das ganze Problem von alleine auflöst.

Mit Richter Fayts Befangenheit hat der Streitfall vorerst an Dringlichkeit verloren. Eine abermalige brutale Abwertung mit Hyperinflation steht ebensowenig vor der Tür wie die gewaltige Anhebung der Staatsverschuldung oder die Rückdollarisierung der Bankschulden, die Unternehmen, Hypothekar-, Pfand- und Geldschuldner in schiere Verzweiflung hineinmanövriert hätte. Soziale Unruhen, viel schlimmer als vor Jahresfrist beim Sturz von de la Rúa, wären die Folgen gewesen, wenn aufgebrachte Schuldner auf die Strasse gehen, von allerlei Radaubrüdern unterstützt werden und Verwüstungen anrichten.

### Lula in Buenos Aires

Der gewählte Präsident Brasiliens, Luiz Inácio da Silva, genannt Lula, hielt sein Wort und besuchte Buenos Aires als erste Auslandsstation seiner Antrittsbesuche, die in Washington gipfeln. Am vergangenen Montag wurde Lula von Präsident Duhalde in dessen Residenz in Olivos empfangen, unterhielt sich nachher mit mehreren argentinischen Politikern und nahm am Spätnachmittag an einem Massenempfang in der brasilianischen Botschaft teil. Soweit das Protokoll.

Lula hielt was er versprochen hatte. Der Mercosur ist seine aussenpolitische Priorität, im Gegensatz zu seinem unterlegenen Widersacher Serra, dem eine Freihandelszone anstatt der Zollunion vorschwebte, damit jedes Mitglied die Aussenhandelspolitik selber betreibt. Lula setzt auf die Zollunion wie in der Europäischen Union, wiewohl sie im Mercosur längst nicht vollendet worden ist.

Das EU-Vorbild leuchtet Lula ein, wobei ab 1960 als erster Schritt zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit gemeinsamen Markt die Zollunion in nur sechs Jahren verwirklicht wurde, obwohl sie auf ein Jahrzehnt Übergangszeit geplant worden war. Die Zollunion im Mercosur wurde 1991 grundsätzlich vereinbart, Ende 1994 mit 40% Zollsenkungen und nachfolgenden 7% je Halbjahr in die Wege geleitet, ist aber nach acht Jahren längst nicht vollendet worden. Vielmehr klaffen bei Maschinen die Zollsätze auseinander: Brasilien belastet Maschinenimporte aus Drittländern mit 16% Zoll, in Argentinien sind diese Importe bis Mitte 2003 zollfrei. Zudem verhandeln die Mercosur-Partner direkt mit Drittländern, zuletzt mit Mexiko, senken ihre Zölle im Gegenzug zu Importliberalisierungen und missachten den gemeinsamen Mercosur-Zoll. Mit der diplomatischen Umschreibung als „unvollständige Zollunion“ wird dieser Zustand klammheimlich von allen vier Mercosur-Partnern verniedlicht.

Ob es Lula wirklich mit der vollständigen Zollunion ernst sein wird und ob er das auch gegen die internen Lobbys durchsetzt, bleibt abzuwarten. Vorerst schwebt Lula ein Mercosur vor, der gemeinsam mit den Handelsmächten der Welt verhandelt. Das ist längst unterwegs: mit den USA gilt die Formel 4 plus 1, innerhalb der Freihandelszone des Kontinents im Werden, im spanischen Kürzel ALCA genannt, verhandelt Mercosur mit einer Stimme, ebenso mit der Europäischen Union und in der Welthandelsrunde Doha der Welthandelsorganisation (WHO). Mit

anderen Ländern wie Mexiko, Südafrika, China oder Indien verhandelt jedes Mitglied des Mercosur allein, was mit der Zollunion unverträglich ist. Ob Lula hier eingreift, ist ungewiss, hat er sich doch dazu nicht geäußert und wurde auch von keinem Journalisten befragt.

Die weltweiten und regionalen Handelsverhandlungen, die unterwegs sind, sollen allesamt 2005 vollendet sein. Das sind ALCA, Freihandel Mercosur-EU und Doha. Im Jahr 2003 fallen Entscheidungen über die Zollsenkungen an, die Mercosur bereit sein soll, den anderen Partnern der Verhandlungen einzuräumen.

In ALCA, Doha und EU fordern die Industrieländer die Abschaffungen der Industriezölle im Mercosur. US-Handelsbeauftragter Robert Zoellick ging dieser Tage so weit, die Abschaffung aller Industriezölle weltweit zu empfehlen. Über die Agrarzölle sowie insbesondere die internen Garantiepreise, die Importkontingente, die nichtzollmässigen Hindernisse und die Exportsubventionen der Industrieländer herrscht in den Industrieländern Stillschweigen. Die USA, Japan und die EU subventionieren und schützen ihre Agrarproduktion unbeschadet der Hindernisse für angenommene US\$ 1,0 Mrd. im Tag, die sie den Entwicklungs- und Schwellenländer wie Mercosur für die Bezahlung der Auslandsschulden und für ihre eigene Entwicklung aufbürden.

Sogar die einflussreiche Zeitung „The New York Times“ anerkannte dieser Tage die Heuchelei der Industrieländer in einem Leitartikel, die die Abschaffung der Industriezölle fordern, weil sie selber niedrige Sätze berechnen und wettbewerbsfähig sind, aber auf dem Agrarsektor nach wie vor protektionistisch agieren und sich gegenseitig mit gewaltigen Subventionen überbieten.

Mercosur hat bereits im vergangenen Juli auf die heuchlerische Offerte der EU für einen freien Handel mit Mercosur deutlich reagiert. Die EU bietet Freihandel ohne Zölle in zehn bis fünfzehn Jahren für die Waren des jetzigen Handels an. Mercosur kontert, indem Freihandel für alle Waren sämtlicher Zollpositionen, lies auch geschützte Agrargüter wie Fleisch, Milchwaren, Zucker und andere, angeboten wird, worauf die EU mit Schweigen reagiert. Ihre Heuchelei wurde offen gelegt. Gleiche Einstellung sollte Mercosur gegenüber ALCA und Doha zeigen. Ob sich die offiziellen Heuchler in USA, Japan und EU derweil schämen, ist unbekannt. Lula sollte als Präsident Brasiliens, Hautpartner des Mercosur, konsequent seine Verhandlungsstärke zeigen, keine Zollkonzessionen ohne Gegenkonzessionen auf dem Agrargebiet anbieten und nicht ausscheren, wenn es um die gleichen Handelsinteressen und schlussendlich um die Zahlungsfähigkeit der Partner geht. Mit einer Stimme den grossen Industrienationen die Stirn zu bieten, ist die Verhandlungslosung, die sich aus Lulas Einstellung ergibt.

Ob Mercosur ein gewähltes Parlament einführt, ob eine gemeinsame Währung mit autonomer Zentralbank wie in der EU vereinbart wird, ob ein gemeinsames Schiedsgericht die Konflikte löst und ob ein Sekretariat mit mehr Vollmachten amtiert, wie es Lula ebenfalls vorschwebt, sind zweitrangige Prioritäten gegenüber dem dringenden Zwang, die folgenschweren Entscheidungen über Zollsenkungen zu fällen, die 2003 in ALCA, EU und Doha anfallen.

## Fiskaleinnahmen auf nominellem Rekordstand

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im November mit \$ 5,02 Mrd. um 44,8% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 5,4% über Oktober, wobei die ersten 11 Monate 2002 nur um 7,2% über dem Vorjahr lagen. Der bisherige Rekord von \$ 4,99 Mrd. im Juli wurde somit leicht übertroffen. Die Fiskaleinnahmen nahmen somit etwas über der Inflation zu, sofern man sie in Konsumentenpreisen misst, nicht jedoch, wenn man Grossistenpreise berücksichtigt oder einen Durchschnitt beider Indices nimmt.

Indessen wurde dieses Ergebnis nur dank verzerrender Sondersteuern erreicht, die den Ablauf der Wirtschaftstätigkeit stören. Die Steuer auf die Bewegung der Giro- und Sparkontenbewegungen (\$ 436,7 Mio, um 18,5% mehr als im Vorjahr und 5,6% weniger als im Oktober) hemmt die Zunahme der Depositen, die jetzt mehr denn notwendig ist, nachdem der Umfang der Fristdepositen nach der Pesifizierung und Einfrierung auf einen Bruchteil gesunken ist. Die Exportsteuern haben nur im Zusammenhang mit einem anormal hohen Wechselkurs einen Sinn, und müssten abgeschafft werden,

sobald sich die Lage einigermaßen normalisiert, was bedeutet, dass die Inlandspreise so weit zunehmen, dass die Preisparität mit dem Ausland wieder normal ist. Die Einnahmen aus den Aussenhandelssteuern, was auch Importzölle umfasst, lagen mit \$ 768,6 Mio. um 634,9% über dem Vorjahr und um 3,2% über dem Vormonat.

Hinzu kommt jetzt, dass der Wirtschaftsminister sich gegen die Inflationsberichtigung von Bilanzen gestraubt hat, wie sie von 1978 bis 1992 galt. Das bedeutet, dass zahlreiche Unternehmen, die ihre Bilanzen am 30. Juni abgeschlossen haben und im Oktober die Gewinnsteuer zahlen, zum Teil Eigenvermögen eingebüsst haben. Ein Importeur, der seine Waren zum Selbstkostenpreis in Dollar verkauft hat, weist einen hohen Pesogewinn aus, auf den er jetzt 30% Steuer zahlen muss, statt bisher 35%. Indessen bedeutet diese Senkung des Steuersatzes für ein reines Dienstleistungsunternehmen (z.B. Überwachungsdienste) eine Nettoverringerung der Steuer. Für die zahlreichen Kleinunternehmen, die ohnehin die Gewinnsteuer hinterziehen, ist dies unbedeutend, wobei diejenigen, die einen Teil hinterziehen, unter diesen Umständen dazu verleitet werden, jetzt mehr zu verstecken; aber für organisierte Grossunternehmen bedeutet dies oft eine starke Entkapitalisierung. Dank dieser Verzerrung des Steuersystems lagen die Einnahmen aus der Gewinnsteuer mit \$ 1,11 Mrd. um 54,6% über dem Vorjahr und um 30,8% über Oktober dieses Jahres, nachdem sie in 11 Monaten 2002 um 15,5% unter dem Vorjahr gelegen hatten, als Folge der Rezesion, die sich überproportional auf

Unternehmensgewinne auswirkt.

Die MwSt.-Einnahmen lagen mit netto \$ 1,50 Mrd. um 37,7% über November 2001 und um 5,5% über Oktober 2002. Die direkt vom Steueramt eingenommene MwSt. lag um 45,4%, bzw. 5,9% höher und die vom Zollamt einbehaltene MwSt. um 65,1%, bzw. 0,1% höher. Bei der MwSt. lagen im November die Rückerstattungen an Exporteure mit \$ 349,4 Mio. um 149,8% über dem Vorjahr und um 1% unter dem Vormonat. Der AFIP hat sich bemüht, den Streitfall über die geschuldete MwSt.-Rückerstattungen zu mildern. Die MwSt. macht jetzt nur noch knapp 30% der gesamten Fiskaleinnahmen aus, wogegen es früher um die 40% waren.

Die Unternehmerbeiträge zum Pensionierungssystem lagen mit \$ 540,3 Mio. um 19,1% über dem Vorjahr, jedoch um 6,1% unter dem Vormonat. Die Zunahme lässt sich nur durch geringere Hinterziehung erklären, da Löhne und Gehälter praktisch eingefroren blieben und die Beschäftigung in den letzten 12 Monaten gesunken ist. Die persönlichen Beiträge zum staatlichen System lagen mit \$ 291,6 Mio. um 20,5% unter dem Vorjahr und um 2,3% unter dem Vormonat. Dies reimt sich nur zusammen, wenn man von einem massiven Übergang auf das private System ausgeht. Indessen lagen die Einnahmen beim privaten System mit \$ 154,4 Mio. um 47,5% unter dem Vorjahr und um 5,5% unter dem Vormonat. Das ist auf die Herabsetzung des Beitrages von 11% auf 5% zurückzuführen, was nur zum geringsten Teil durch den Übergang vom staatlichen auf das private System ausgeglichen wurde.

## Stark aktive Handelsbilanz im Oktober

Im Oktober stiegen die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 7%, von denen 3 Punkte auf grössere Mengen und 4 auf höhere Preise entfallen. Dennoch lagen die Exporte leicht unter September. Die Exportentwicklung ist dieses Jahr anormal, weil die Landwirte die Ernte von Getreide und Ölsaaten zurückgehalten und somit verspätet verkauft haben. Dies war durch die Abwertung und die Aussicht auf einen weiter zunehmenden Dollarkurs verursacht worden, was jedoch seit Juli nicht mehr eintrat. Hingegen war die Spekulation insofern erfolgreich, als die Preise auf dem Weltmarkt stiegen.

Indessen konveniert es norma-

lerweise, die Ware so schnell wie möglich zu exportieren, um Lager- und Zinskosten zu sparen oder mit dem Geld Zinsen zu verdienen. Da die Regierung jedoch die Möglichkeit von Dollardepositen abgeschafft hat, wurde die Möglichkeit verhindert, den eventuellen Kursgewinn auf diese Weise einzustekken. Es sei bemerkt, dass Argentinien seit den Reformen der 90er Jahre (Transport- und Hafenderegulierung, Hafenprivatisierungen, Privatisierung der Frachteinbahnen) in der Lage ist, die ganze Ernte kurzfristig ohne Schwierigkeiten zu exportieren, was normalerweise schon deswegen günstiger ist, weil sich dann die Lieferungen mit denjenigen der Staaten der

nördlichen Halbkugel nicht überschneiden.

Die starke Exportzunahme im Oktober ist somit ein künstliches Phänomen. In den 10 Monaten 2002 lagen die Exporte mit US\$ 21,23 Mrd. um 6% unter der gleichen Vorjahresperiode, bei gleichbleibenden Mengen. Dass diese Verringerung bei einer Abwertung von 260% eingetreten ist, mutet merkwürdig an. Viele lokal erzeugte Produkte sind durch die Abwertung, bei einer ungleich geringeren Zunahme der internen Preise, bei praktisch eingefrorenen Löhnen und Tarifen öffentlicher Dienste, in Dollar viel billiger geworden und sollten theoretisch exportiert werden können. Indessen ist der Export nicht automatisch, sondern setzt voraus, dass die Produkte auch produziert und die Exportgeschäfte abgeschlossen werden, was ein langwieriger Prozess zu sein pflegt, umso mehr für ein Land, dass keine echte Exportmentalität hat. Auch haben sich Fi-

nanzierungsprobleme negativ ausgewirkt; denn ab Default-Erklärung und nachfolgenden Massnahmen, gab es kaum noch Finanzierungsmöglichkeiten am Platz, wobei auch Auslandskredite für Exportfinanzierungen praktisch ganz versiegten.

Im interanuellen Vergleich nahmen im Oktober die Exporte von Erdöl, Gas und Strom um 29% und die von Industrieprodukten landwirtschaftlichen Ursprungs um 11% zu, während die von Rohstoffen um 6% und von reinen Industrieprodukten um 3% zurückgingen. Bei Erdöl wirkte sich die Preiszunahme aus, und bei Industrieprodukten landwirtschaftlichen Ursprungs die wieder aufgenommenen Rindfleischexporte, während die reinen Industrieprodukte durch die geringeren Kfz-Exporte nach Brasilien betroffen wurden.

Die Importe lagen im Oktober um 42% unter dem gleichen Vorjahresmonat, verzeichnen jedoch

eine Zunahme gegen September. In 10 Monaten gingen die Importe gegenüber dem Vorjahr um 58,4% zurück. Diese niedrigen Importe sind ein anomales Phänomen, verursacht durch die starke Abwertung, den Konjunkturrückgang und die Devisenbewirtschaftung, die die Importe erschwert und bei Konsumgütern sogar verhindert hat. Im Oktober gingen die Importe von Kapitalgütern im interanuellen Vergleich um 44% zurück, die von Zubehör- und Ersatzteilen von Kapitalgütern um 46% und die von Gütern zur Weiterverarbeitung um 20%.

Das niedrige Niveau bei Kapitalgüterimporten dürfte durch Jahre anhalten, als Folge geringer Investitionen. Bei Konsumgütern und bei Gütern, die der lokalen Produktion eingegliedert werden, wirkt sich zunehmend ein Vorgang der Importsubstitution aus. Es ist gut möglich, dass ein Teil dieser Fabrikation, die jetzt wieder aufgekomen ist, künstlich ist und

bei Normalisierung der Lage wieder verschwindet. Aber ein Teil dürfte indessen bleiben, weil nicht zu erwarten ist, dass der reale Wechselkurs, der das Verhältnis interner und externer Preise misst, wieder auf den Stand von 2001 zurückkehrt. Indessen hängt dies auch vom Zollamt ab, das weiterhin schlecht funktioniert und allerlei Unterfakturierungen zulässt. Die weitverbreitete These, dass Argentinien in den 90er Jahren die Wirtschaft zu stark geöffnet hat, ist falsch; was geschah, war eine gigantische und grobe Unterbewertung von Importen, bei

denen oft Werte von 10% des effektiven Preises und auch weniger angegeben wurden, so dass die Zölle, die im internationalen Vergleich relativ hoch sind, faktisch auf einen Bruchteil reduziert wurden, wobei gleichzeitig auch die MwSt. und die Gewinnsteuer gewaltig hinterzogen wurden.

Der Saldo der Handelsbilanz lag im Oktober um 41% über dem gleichen Vorjahresmonat und in 10 Monaten mit US\$ 13,83 Mrd. um 308% über dem Vorjahr. Dieser gewaltige Überschuss hat die Kapitalflucht ausgeglichen, deren Nettowert in 10 Monaten diesen Betrag übersteigen dürfte. Indessen war auch die Tourismusbilanz, die traditionell negativ ist, dieses Jahr positiv. Und dann wurden Zahlungen durch den Staat und Privatunternehmen ans Ausland weitgehend eingestellt, auch wenn Zahlungen an den IWF, die Weltbank und die BID in Höhe von US\$ 4,2 Mrd. geleistet wurden, so dass die Gesamtbilanz einigermassen ausgeglichen ist und sich in den letzten Monaten sogar ein kleiner Überschuss ergab, den die ZB zwecks Reservenerhöhung aufkaufte.

Was die Handelspartner betrifft, sind die Exporte in die Mercosur-Staaten im Oktober um 25% zurückgegangen, was vornehmlich auf geringere Kfz-Exporte zurückzuführen ist. Hier hat sich nicht nur die brasilianische Rezession ausgewirkt, sondern vielmehr die argentinische, da dieser Export im Rahmen des kompensierten Austausches funktioniert, so dass die Exporte an die Importe gebunden sind, und diese eben wegen des geschrumpften Inlandsabsatzes

stark zurückgegangen sind. Die EU liegt jetzt bei den Exporten mit einem Anteil von 20% nur knapp hinter dem Mercosur mit 23%, was voraussichtlich nur eine vorübergehende Erscheinung ist, da die Möglichkeiten, den Handel innerhalb dieser imperfekten Zollunion auszuweiten, bei weitem noch nicht erschöpft sind und sich Lula kategorisch für eine Vertiefung des Mercosur ausgesprochen hat.

Argentinischer Aussenhandel						
	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
<b>Total 2001</b>	<b>26.655</b>	<b>(26.298)</b>	<b>20.312</b>	<b>(25.148)</b>	<b>6.343</b>	<b>(1.150)</b>
<b>2002</b>						
Januar	1.823	(2.049)	853	(1.963)	970	(86)
Februar	1.822	(1.853)	627	(1.754)	1.195	(99)
März	2.060	(2.029)	592	(2.030)	1.468	(-1)
April	2.146	(2.389)	611	(1.914)	1.535	(475)
Mai	2.342	(2.574)	861	(2.090)	1.481	(484)
Juni	2.213	(2.513)	687	(1.747)	1.526	(766)
Juli	2.211	(2.355)	813	(1.769)	1.398	(586)
August	2.151	(2.510)	764	(1.818)	1.386	(692)
September	2.251	(2.199)	717	(1.432)	1.534	(667)
Oktober	2.229	(2.098)	874	(1.511)	1.355	(587)
<b>10 Mon. 02</b>	<b>21.227</b>	<b>(22.561)</b>	<b>7.401</b>	<b>(18.055)</b>	<b>13.826</b>	<b>(8.736)</b>

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. (...) = Vorjahr

PREISENTWICKLUNG										
Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr										
Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise allgemein		Grossistenpreise: national				Baukosten	
	I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
<b>2001</b>										
Oktober	-0,4	-1,7	-1,5	-5,7	-0,4	-4,0	-1,9	-11,9	-0,2	-0,4
November	-0,3	-1,6	-1,4	-6,9	-0,1	-4,6	-0,4	-9,0	-0,2	-0,8
Dezember	-0,1	-1,5	-0,1	-5,3	-3,1	-7,5	-1,2	-8,3	-0,1	-0,5
<b>2002</b>										
Januar	2,3	0,6	6,8	1,0	1,4	-6,2	15,0	7,0	2,7	2,3
Februar	3,1	4,0	11,3	12,4	3,3	-3,1	13,2	20,7	5,7	8,1
März	4,0	7,9	13,1	27,0	19,6	16,1	12,5	36,0	4,2	10,8
April	10,4	21,1	19,9	53,8	18,1	37,6	16,9	58,9	7,1	18,7
Mai	4,0	23,0	12,3	72,3	8,5	49,3	15,6	79,9	3,6	23,5
Juni	3,6	28,4	8,2	87,2	6,6	62,9	12,0	102,5	2,8	27,3
Juli	3,2	32,9	4,6	97,3	-4,2	58,0	7,3	119,9	3,9	32,9
August	2,3	36,5	5,2	109,7	0,8	58,2	10,3	142,5	2,6	36,8
September	1,3	38,5	2,4	114,6	-0,1	59,0	6,0	169,4	1,5	39,3
Oktober	0,2	39,4	0,5	117,0	2,1	62,9	-2,8	166,5	0,8	40,7
November	0,5	40,6	-1,7	118,3	-2,4	59,3	o.Ä.	167,9	0,6	41,4

Quelle: INDEC